

## Besprechungen

*Horst Bosetzky: Grundzüge einer Soziologie der Industrieverwaltung. Möglichkeiten und Grenzen der Betrachtung des industriellen Großbetriebes als bürokratische Organisation. Stuttgart 1970. Ferdinand Enke. VII, 342 S.*

Das im Untertitel der Arbeit angegebene Thema verbirgt die Polarität des Ansatzes Bosetzkys: Der industrielle Großbetrieb enthält in dieser Interpretation eine fundamentale Spannung, insofern er sowohl als Herrschaftsverband (Max Weber) wie auch als zielgerichtetes soziales System aufgefaßt werden kann. Daher lautet die zentrale These des Buches: „Das Kernproblem des industriellen Großbetriebes ist ein unvermeidbarer Widerspruch, der sich daraus ergibt, daß die Bedürfnisse der Herrschaftsausübung und -erhaltung Struktur und Funktionsweisen des Betriebes zur Annäherung an den Idealtypus der Bürokratie zwingen, während auf der anderen Seite die Erfordernisse des umweltoffenen, von seinen Mitgliedern abhängigen, auf ökonomische Rationalität und Effizienz ausgerichteten und sich teilweise selbst steuernden Systems Industriebetrieb weitgehend anders geartet sind.“ (S. 329.) Diese Gegenüberstellung erbringt eine reiche Ausbeute an Fragen und Anregungen für empirische Forschung und auch für die Entwicklung einer Theorie der Industrieverwaltung, die Bosetzky selbst nicht anstrebt — etwa im Gegensatz zu dem noch immer exemplarischen Versuch von March/Simon (Organizations. New York/London 1958), die ein konsistentes Gebäude von Hypothesen zur allgemeinen Organisationstheorie zusammenstellen. Dem Autor gelingt es aber, das Geflecht von „Merkmalen, Faktoren oder Variablen“ (S. 4), die intern oder extern die Struktur der industriellen Organisation bestimmen und charakterisieren, in einer umfassenden Darstellung sichtbar zu machen. Den roten Faden bildet dabei das Problem der „gleichzeitigen Optimierung von Leistung und Herrschaft“ (S. 3). Kritisch zu fragen ist allerdings, ob diese Gleichzeitigkeit, die ja eine logische Gleichrangigkeit der Aufgaben suggeriert, tatsächlich gegeben ist. Des Autors These, daß Herrschaftserhaltung ein abzutrennendes internes Problem sei, Leistungserstellung aber die Organisation auf „Systemerhaltung in konkurrierender Umwelt“ und „Zielverwirklichung durch Umweltbeziehungen“ orientiere (S. 8 f.), enthält schon die negative Antwort: Systemerhaltung impliziert doch auch Herrschaftserhaltung, zumal die „konkurrierende Umwelt“ gerade auch die bürokratischen Strukturen beeinflußt. Wenn, wie Bosetzky später richtig sagt (S. 276), „die betriebliche Herrschaftsordnung ... weithin von der gesellschaftlichen ga-

rantiert“ wird, transformiert sich das Problem gleichzeitiger Optimierung von Leistung und Herrschaft zur Frage der optimalen Zuordnung der Herrschaftsverhältnisse zu den Erfordernissen organisatorischer Effizienz. Die vorliegende Arbeit liefert hervorragende Denkmodelle zur Klärung dieser Frage.

Hilmar Linnenkamp, Bonn

*Lars Clausen: Industrialisierung in Schwarzafrika—Eine soziologische Lotstudie zweier Großbetriebe in Sambia. Bielefeld 1968. Bertelsmann. 220 S.*

Clausen füllt mit seiner Untersuchung eine Lücke in der soziologischen Literatur zum Begriff „Industrialisierung“. Die bisherigen Begriffsbestimmungen bezogen sich auf Industrieländer. Der auf dieser Grundlage gewonnene Begriff ist aber für solche Länder operational ungeeignet, die erst am Beginn ihrer industriellen Entwicklung stehen.

Auf induktivem Wege versucht der Verfasser, ein Konzept der Industrialisierung zu gewinnen. Vorab werden die der Untersuchung zugrunde liegenden Axiome im einzelnen genannt und erläutert. Clausen geht von der grundsätzlichen Vergleichbarkeit aller Industriezivilisationen aus und begründet sorgfältig die Auswahl der Untersuchungsobjekte. Die Methode der Befragung dient der Erkundung von Einstellungen. Das Problem der Auswahl der Befragungsgruppen löste der Autor derart, daß er solche Belegschaftsmitglieder befragte, denen ein über den Belegschaftsdurchschnitt hinausreichendes Maß an Eigenschaften der Industrialisierung dadurch zugebilligt werden konnte, daß sie in der Industrie zu Posten von Verantwortlichkeit aufgestiegen waren. Posten der Verantwortlichkeit nennt Clausen solche, von denen aus der Produktionsprozeß nachhaltig und legitim beeinflußbar ist. Hierbei vermeidet er durch die Einbeziehung des Tatbestandes der horizontalen Kooperation die rein lineare Auffassung betrieblicher Hierarchie. Die der Untersuchung zugrunde liegenden Werke werden als Realytypen industrieller Betriebe im ganzen untersucht, wobei eine Betriebseinteilung in primären, sekundären und tertiären Sektor vorgenommen wird, die sich im Laufe der Untersuchung als fruchtbar erweist.

Hinsichtlich der Ergebnisse ist bemerkenswert, daß „Industrialisierung“, gestützt auf die Funde aus Zche, Hütte, Eisenbahnbetrieb und zwei industriellen Verwaltungen, nicht nur im Bereich der technischen Produktion gesehen wird. Bezüglich der sozialen Auslese für die Industrialisierung kommt Clausen zu dem Ergebnis, daß diese von der zentralafrikanischen Gesellschaft außerhalb des industriellen Bereiches vorgenommen wird. Die ökonomischen Anreize der Industrie, dominierend gegenüber traditionellen Auslesekriterien der einzelnen Stämme, sind in abnehmender Stärke: Einkommen, die Kolonialpolitik und ihre Folgen, die neuen Konsum- und Freizeitverhältnisse sowie topographische Besonderheiten. Als bemerkenswertes zusätzliches Moment der Industrialisierung zeigt sich das Faktum „intergenerativer

vertikaler Mobilität“ im Sinne eines frühen Kontaktes mit den neuen Wirtschafts-, Verwaltungs- und Berufsnormen. Der Industrialisierungserfolg von Schulbildung und Urbanisierung konnte als nur schwach erweisbar festgestellt werden. Aufgrund der Untersuchungen wird ein modifiziertes Rangeinordnungsverfahren gefordert, da Herrschaftsansehen Funktionsansehen überwiege. In einer abschließenden Definition nennt Clausen solches Verhalten „industrialisiert“, das die Industrie als Werkzeug sozialen Überlebens und als Mittel für soziale Zwecke bejaht. Im Anhang sind Zahlenmaterial und Fragebogen zusammengefaßt.

Fritz Nägle, Mainz

*Bodo von Borries: Deutschlands Außenhandel 1836 bis 1856. Eine statistische Untersuchung zur Frühindustrialisierung.* Stuttgart 1970. Gustav Fischer. 275 S.

Im Rahmen des in der deutschen Wirtschaftsgeschichte in Angriff genommenen Schwerpunktprogramms „Frühgeschichte der Industrialisierung Deutschlands“ bietet die hier vorliegende Bonner Dissertation einen besonders herauszuhebenden Beitrag. In mühevoller Aufarbeitung des gesamten gedruckten statistischen Materials wird der Außenhandel Deutschlands in jener Periode betrachtet, die allgemein als industrieller „take-off“ angesehen wird. Der Verfasser setzt sich dabei besonders mit der 1958 in der DDR erschienenen Arbeit von Bondi (Deutscher Außenhandel 1815 - 1870) mit abgewogenen Argumenten auseinander; durch seine Begrenzung auf die Jahre 1836 - 1856 gelingt es ihm, ein umfangreicheres, vor allem in sich besser vergleichbares Zahlenmaterial zu analysieren, ferner ist sein Hauptanliegen, die Zollvereinsstatistik durch die Statistiken der außerhalb des Zollvereins stehenden deutschen Territorien zu einer „gesamtdeutschen“ Statistik des Außenhandels zu erweitern.

Nach einer Betrachtung des Zollvereinshandels — wobei es dem Verfasser bereits gelingt, die Zollvereinsstatistik gegenüber den undifferenzierten Werten Bondis aussagefähiger zu gestalten, — werden die sechs wichtigsten norddeutschen Zollgebiete, die Seehäfen Hamburg, Bremen, Lübeck, Mecklenburg, Schleswig-Holstein und das Gebiet des Steuervereins untersucht. Guten Angaben, wie sie etwa in Hamburg zu finden waren, stehen dabei für den Steuerverein nur zeitgenössische Schätzungen gegenüber. Trotzdem wird versucht, in einheitlicher Fragestellung Wachstum, Saldo, strukturelle Zusammensetzung sowie Herkunft und Bestimmung des Handels darzustellen. Anschließend wird dann der Handel aller erfaßten deutschen Teilgebiete „ineinander geschachtelt“, um Werte für einen gesamtdeutschen Außenhandel zu erhalten. Deutlich wird dabei die nur zögernde Entwicklung des Handels in den Nicht-Zollvereinsgebieten sichtbar, ob und inwieweit die schnelle Entwicklung von Handel und Industrie in den Zollvereinsländern Ursache oder Folge ihres Zusammenschlusses war, wird dabei als

Frage aufgeworfen — eine Beantwortung ginge über das Ziel dieser Arbeit hinaus. Zur Prüfung seiner Ergebnisse zieht v. Borries ausländische Statistiken als Vergleichsgrößen heran, wenngleich hier sich die Lückenhaftigkeit und Unterschiedlichkeit der Aufzeichnungen besonders bemerkbar macht. Die Einordnung des Handels in den wirtschaftlichen Gesamtzusammenhang, d. h. ein Vergleich mit Produktion, Sozialprodukt, Konjunkturentwicklung u. ä. erlaubt schließlich einige Aussagen über den Verlauf bzw. den Zusammenhang mit der Industrialisierung, wobei wiederum bisherige Urteile (etwa von Rostow, Berril u. a.) überprüft werden können. Die Jahrhundertmitte erweist sich dabei als hervortretender Wendepunkt, so daß auch die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik für den Termin 1850 als Beginn eines industriellen Aufschwungs in Deutschland sprechen.

Die Arbeit ist ein gutes Beispiel für eine sorgfältige und wohlabgewogene Auswertung statistischen Materials; der Verfasser zeigt, wie man Zahlen und Tabellen zum Reden bringen kann. Hervorzuheben ist die Vorsicht, mit der bei allen fragwürdigen Zahlen oder Schätzungen zu Werke gegangen wird, der mehr als einmal angebrachte Hinweis auf Vorläufigkeit und Unzulänglichkeit, ein Vorgehen, das gerade gegenüber der Arbeit von Bondi angenehm auffällt. Bei allem was bisher über den Zollverein geschrieben wurde, hat eine quantitative Betrachtung des Zollvereinshandels kaum Beachtung gefunden; um so erfreulicher ist es, daß diese Lücke jetzt in großen Teilen geschlossen werden konnte.

Harald Winkel, Aachen

*Ernst Schulin: Handelsstaat England. Das politische Interesse der Nation am Außenhandel vom 16. bis ins frühe 18. Jahrhundert.* Wiesbaden 1969. Franz Steiner. 390 S.

Der Ausgangspunkt der Arbeit war die Frage des Verfassers nach den Voraussetzungen des Aufstiegs Englands zu einer Weltmacht. Der Verfasser erkannte, „daß Handelsfragen dabei keine geringe Rolle spielten“; so sah er sich „bald genötigt, zu ihrer Erklärung auf die Schriften des 17. und 16. Jahrhunderts zurückzugreifen“ (S. 1). Dabei stieß er auch auf die große, vielfach anonyme Tagesliteratur der Flugschriften, Traktate, Zeitungen (treaties, discourses, proposals, considerations) über Handel und Wirtschaft. Diese Quellengattung stellte er beschreibend „in ihrem ganzen Umfang in den Mittelpunkt der Untersuchung“; „sichtbar machen ist ja für einen Historiker mindestens so wichtig wie das Aufstellen von Thesen“ (ebd.). — Und Schulin macht sehr viel sichtbar. Er nahm etwa 15 000 Seiten Handelsschriften in englischen Bibliotheken auf Mikrofilm auf. Zu deren Auswertung bemerkte er: „So kann ich hoffen, sowohl das Gesamtschrifttum wie auch das einzelne Werk möglichst ‚maßstabgetreu‘ dargestellt zu haben. Ich habe, soweit es möglich war, vermieden, den einzelnen Traktat nach Problemen und Sachgebieten zu trennen, sondern ihn an der ge-

schichtlich passenden Stelle geschlossen interpretiert“ (S. 5). So entstand eine „chronologisch möglichst genau vorgehende und möglichst vollständige ‚Literaturgeschichte‘ der Handelsschriften“ (S. 6). — Auf diese Weise versucht Schulin, „mit der modifizierten ideengeschichtlichen Methode die politische Meinungsbildung über den englischen Außenhandel zu erhellen. Handelsstaat ... zu sein, ist für England ... eine im 17. Jahrhundert zunehmende und zunehmend wirksame Anschauung, so daß man geradezu von einer politischen Idee des Handels sprechen könnte. Der Nachweis dafür ist nur bei der Masse und Vielfalt der größtenteils wenig bekannten Handelsschriftsteller zu finden“ (S. 5). — Hier stellt sich freilich die Frage, ob bei dieser Art von „Quellen-input“ ein anderer „Nachweis-output“ überhaupt zu erwarten war.

Die Arbeit ist nun keineswegs ein bloßes Aneinanderreihen von zeitlich geordneten Druckerzeugnissen. Schulin verstand es meisterhaft, zeittypische Themengruppen in ihrem historischen Ablauf aufzuzeigen. Sie kommen in den Kapitelüberschriften zum Ausdruck; sie betreffen entweder einzelne Personen (*Gerard de Malynes*), einzelne gesetzgeberische Akte („*Die Navigationsakte*“), einzelne Aspekte sozio-ökonomischer Lehrmeinungen („*Freier Handel und politische Freiheit*“; „*Staatstheorien*“), teils stellen sie einzelne Nationen in den Vordergrund („*Holland und Frankreich*“), teils mehr innerenglische Probleme („*Kaufmann und Handelsgesellschaft*“; „*Die Eröffnung des Parlaments*“), teils eher englisch-internationale Beziehungen („*Ostindienhandel und Handelsrat*“; „*Englisch-französischer Handelsvertrag von 1713*“). Die Kapitelüberschriften deuten nicht auf eine umfassende Abhandlung des Themas hin, sondern zeigen nur die inhaltliche Verdichtung der Thematik in der Tagesliteratur an; das Thema taucht dort immer wieder variiert auf, Wichtiges und weniger Wichtiges erscheint neben Richtigem und Zweifelhaftem. Einzelentwicklungen reißen ab und beginnen immer wieder neu; es wird gesprungen zwischen England und London, König und Parlament, landed, moneyed und trading interest, zwischen sozialer Ordnung und politischer Macht. — Und dennoch: Nie fühlte sich der Rezensent verloren oder gelangweilt, und das keineswegs nur dort, wo es um die großen Auseinandersetzungen der Zeit ging: etwa *Malynes* gegen *Misselden*, die Kontroverse zwischen *Pollexten* und *Davenant*, die Diskussion um die East India Company, oder der Disput zwischen dem „*Mercator*“ (Tories) und dem „*British Merchant*“ (Whigs). Das Buch ist nicht nur gut geschrieben, es ist auch gut gemacht. — Aber für wen ist es geschrieben? Wohl weniger für Studenten; dies nicht nur, weil hierfür die Vorzüge einer Problem- oder Sachgliederung mehr ins Gewicht fallen, sondern auch weil in der vorliegenden chronologischen ideengeschichtlichen Darstellung eine größere (?) inhaltliche Lücke ist. Die zeitgenössischen Überlegungen und Theoreme über Geld, Wechsel, Geldmenge, Zins, Banken werden nur angedeutet oder expressis verbis ausgeklammert (vgl. etwa S. 247, 253). Der Leser, der ja die Traktate nicht im einzelnen kennt, hat keinen Anhaltspunkt dafür, welche Bedeutung die einzelnen Schreiber

dieser Thematik zugestehen. Genügt deshalb ein Verweis auf die Arbeit von J. K. *Horsefield*? Schwierig wird es ferner gelegentlich dort, wo Definitionen fehlen; dies fällt vor allem dann auf, wenn von „Freihandel“, „Handelsfreiheit“, „allgemeiner freier Handel“, „freihändlerischer Gesinnung“, „System der Freihandelspolitik“, „extremer Freihandel“ gesprochen wird. Der Rezensent vermochte nicht immer herauszufinden, was jeweils konkret damit gemeint war; zu weit streut der mögliche Inhalt: vom ungehinderten Eintritt in den Kaufmannsstand über die unbeschränkte Vertragsfreiheit der Kaufleute untereinander bis hin zum „*mare libre*“ und dem erlaubten Zugang zum ausländischen Bezugs- oder Absatzmarkt; „*acces libre*“ sagt als solcher noch nichts aus über die Bedingungen für den Zugang. Handelsfreiheit und Zollmauern gehören in der untersuchten Zeitperiode sogar regelmäßig zusammen; deshalb wurden die von Schulin mit Recht hervorgehobenen Handelsverträge so wichtig, und hieraus erklärt sich dann die große Bedeutung der aufkommenden Meistbegünstigungsklausel. Daß diese auch bei „freiem Handel“ eine diskriminierende Behandlung der Handelspartner ermöglicht und selbst eine Erhöhung der Importzölle gegenüber allen Partnerländern erlaubt, dürfte ruhig gesagt werden.

Noch ist die oben gestellte Frage, für wen das Buch geschrieben ist, offen. Vielleicht geht die Antwort in folgende Richtung: Derjenige, der schon viel über das merkantilistische England weiß, wird an dem Buch viel Freude haben. Dies ist mit deshalb so, weil das Buch wegen seiner Beschränkung auf eine ganz bestimmte Literaturgattung notwendigerweise offene Räume hat, die der Leser mit eigenen Wissenspartikeln füllen kann. Auch wer eine Untersuchung vornimmt, in der merkantilistisches Gedankengut verknüpft werden soll mit politischen Entscheidungen, mit Bildung von Institutionen, mit sozialen und wirtschaftlichen Fakten, mit Kriegen — dem wird das Buch guten Dienst tun; dies nicht zuletzt deswegen, weil die Arbeit vorzüglich erschlossen ist und sich somit gut neben klassischen dogmengeschichtlichen Darstellungen einherlesen läßt. Auf insgesamt 43 Seiten befinden sich ein ausführliches Inhaltsverzeichnis mit Stichwortuntergliederung, ein Namen-, Sach- und Ortsregister sowie ein chronologisches Verzeichnis (mit Textverweisen) der benutzten Traktate und Handelsschriften (Erscheinungsjahre zwischen 1516 und 1715).

Eckart Schremmer, Heidelberg

*Rainer Ramcke: Die Beziehungen zwischen Hamburg und Österreich im 18. Jahrhundert. Kaiserlich-reichsstädtisches Verhältnis im Zeichen von Handels- und Finanzinteressen. Hamburg 1969. Hans Christians Verlag. 284 S.*

Namentlich auf Grund eines reichen ungedruckten Quellenmaterials Hamburger und Wiener Archive werden die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Hafenstadt und Österreich vom Spanischen Erbfolgekrieg bis zum Beginn der Koalitionskriege zu drei Entwicklungsphasen zusammengefaßt, zu den Jahren bis um 1730,

dann bis zur Mitte der vierziger Jahre und schließlich bis zum Tode Josephs II. Die zuweilen dramatischen Spannungen, die durch die unterschiedlichen Interessen der Reichskanzlei und der Hofkanzlei noch verstärkt wurden, ergaben sich u. a. daraus, daß Österreich an Hamburgs Handel immer weniger Anteil nahm, dafür aber einen eigenen Überseehandel aufzubauen begann, Triest und Fiume zu Freihäfen machte und daß die kaiserliche Prestigepolitik gegenüber der Elbestadt den Wiener Finanzinteressen dienen sollte. Andererseits verstand es Hamburg, das 1712 seine bis 1860 geltende Verfassung schuf und seit 1770 im Reichstag Sitz und Stimme besaß, gerade während der habsburgischen Krisenjahre, die sich an die Pragmatische Sanktion anschlossen, seine Reichsstandschaft zu sichern und einen eigenen Kolonialhandel neben dem der anderen Seemächte mit kaiserlicher Rückendeckung einzurichten. Schließlich ergab sich — auch infolge des preußisch-österreichischen Gegensatzes — eine gewisse Partnerschaft zwischen Wien, das seine politische Position gegenüber der Reichsstadt bewahren wollte, und Hamburg, dessen Politik in zunehmendem Maße auch von einigen im Handel mit Österreich tätigen Kaufleuten bestimmt wurde.

Unverständlich ist die im Vorwort des doch gründlichen, wertvollen Buches aufgestellte Behauptung, daß die „den wirtschaftlichen und politischen Bereich integrierende Untersuchungs- und Darstellungsmethode“ sich erst in jüngster Zeit „als fruchtbar erwiesen“ habe. Der somit der bisherigen Geschichtsschreibung gegenüber erhobene Vorwurf hätte als eine recht peinliche Entgleisung nicht gedruckt werden sollen.

Eberhard Schmieder, Berlin

*Hermann Schindler: Die Reutlinger Wirtschaft von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges. Tübingen 1969. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 207 S.*

Wenn die wirtschaftliche Entwicklung Reutlingens vom Beginn der erst spät, d. h. nach der Mitte des 19. Jahrhunderts, einsetzenden Industrialisierung ab durch etwa sieben Jahrzehnte auch im Zusammenhang mit anderen süddeutschen Wirtschaftsräumen aufgezeigt wird, so ist hier über die Lokaluntersuchung hinaus doch zugleich ein wertvoller Beitrag für eine — noch nicht geschriebene — Wirtschaftsgeschichte Württembergs geleistet worden. Außerdem erreicht die Arbeit ihr Ziel, „zur Regionalplanung und Raumordnungspolitik“ Wesentliches auszusagen; allerdings ist die Behauptung, „allein diese Anliegen rechtfertigen Detailstudien dieser Art“, doch recht eng und zu einseitig.

Schindler beschäftigt sich u. a. mit dem Schulwesen, der Eisenbahn — die Stadt erhielt 1859 ihre erste Verbindung —, mit den Banken und der Sparkasse, mit dem Nachrichtenwesen, den wirtschaftlichen Interessenvertretungen sowie dem städtischen Haushalt. Selbstverständlich werden auch soziale Fragen angeschnitten, so die berufliche

Gliederung und die soziale Lage der Bevölkerung, die während der ersten Jahrzehnte der Industrialisierung auf sich allein gestellt war und von der Regierung erst seit Karl I. unterstützt wurde. Ein umfangreicher Anhang bringt auf Grund vorliegender Literatur und vor allem vieler Akten verschiedener Archive Angaben über z. B. die Bevölkerungsbewegung — die Einwohnerschaft von zunächst etwa 13 000 verdoppelte sich bis 1910 —, über Einlagenbestand, Vermögen und Umsatz der Sparkasse, über Haushalt und Vermögen der Stadt, über die Lebensmittelpreise und die Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe.

Eberhard Schmieder, Berlin

**Helmut Kiesow:** Theoretische Aspekte einer wachstumsorientierten Konjunkturpolitik. Tübingen 1970. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). V, 118 S.

Die Monographie stellt einen Versuch dar, die modelltheoretische Analyse für wirtschaftspolitische Entscheidungen nutzbar zu machen, bleibt jedoch hinter den komplexen ökonometrischen (Entscheidungs-) Modellen zurück. Da die empirische Relevanz eines Modells, wenn auch nicht ausschließlich (Milton Friedman), so doch weitgehend von der Realitätsnähe seiner Prämissen bestimmt wird, könnte hier ein Ansatzpunkt kritischer Einwände gegen die Arbeit Kiesows liegen, der beispielsweise die Unternehmer nur als Mengenanpasser behandelt, die Sparquote der Lohnempfänger mit eins ansetzt und Staat und Außenwirtschaft nicht mit in das Modell einbezieht. Diese Kritik würde im Hinblick auf die prinzipielle Variabilität der Prämissen jedoch zu banal ausfallen. Hingegen scheint die Untersuchung einzelner Maßnahmen der staatlichen Wirtschaftspolitik in ihrer Wirkung auf Wachstum und Konjunktur wegen des jeweils partiellen Ansatzes (d. h. die Bündelung verschiedener wirtschaftspolitischer Maßnahmen bleibt unbeachtet) für die praktische Wirtschaftspolitik nicht sehr ertragreich.

Als Wachstum wird das Wachstum des Angebotspotentials, als Konjunkturschwankung die variierende Ausnutzung des jeweils vorhandenen Angebotspotentials verstanden. Die staatliche Konjunktur- und Wachstumspolitik soll nach Ansicht des Verfassers in depressiven Phasen (Angebotspotential übersteigt die Gesamtnachfrage) auf Nachfragerausweitung gerichtet sein; in der Hochkonjunktur (Gesamtnachfrage übersteigt das Angebotspotential) soll hingegen primär auf eine Erweiterung des Angebotspotentials, nicht auf Reduktion der Gesamtnachfrage abgestellt werden. Diese plausible Maxime wird problematisch, wenn man die time-lags (einer Angebotspotential-Erweiterung) beachtet. Zudem bedeutet die investitionsfördernde Wachstumspolitik Verzicht von Zentralbankmaßnahmen im Boom.

Nach einer kurzen Erörterung vorliegender simultaner Konjunktur-Wachstums-Modelle (*Hicks, Smithies, Vogt*) wendet sich der Verfasser dem Aufbau des eigenen Modells zu, das u. a. auf den Prämissen grün-

det, daß das reale Wachstum vom Arbeitspotential abhängt, die Produktionspläne der Unternehmer vom laufenden Nachfrageüberhang (Auftragsbestand) und der erwarteten Nachfrage bestimmt werden, die Investitionsgüternachfrage über Reallohnentwicklung und Risikofaktor an den Konjunkturzyklus gebunden ist. — Der zweite Teil, der den „theoretischen Untersuchungen über die Wirkung staatlicher Maßnahmen auf die wirtschaftliche Entwicklung“ gilt, sowie die abschließenden Bemerkungen zur Vereinbarkeit bzw. Widersprüchlichkeit wirtschaftspolitischer Ziele im dritten Teil machen deutlich, welche Schwierigkeiten die praktische Wirtschaftspolitik haben dürfte, wenn sie sich das im ersten Teil entwickelte Modell nutzbar machen will.

Karl Georg Zinn, Aachen

*Hans Dieter Ockenfels: Regionalplanung und Wirtschaftswachstum. Dargestellt am Beispiel Frankreichs. (Abhandlungen zur Mittelstandsfor- schung, Nr. 42, hrsg. vom Institut für Mittelstandsfor- schung.) Köln u. Opladen 1969. Westdeutscher Verlag. 180 S.*

Der Titel der Arbeit, das Vorwort des Herausgebers und (jedenfalls noch beim ersten Lesen) die Einleitung des Verfassers versprechen ein Buch, das von seiner Intention her zweifellos einem ebenso grundsätzlichen wie aktuellen Bedürfnis entspräche. Die Zusammenhänge zwischen Regionalplanung und wirtschaftlichem Wachstum gewinnen auch in Ländern mit einer am marktwirtschaftlichen Leitbild orientierten Wirtschaftsverfassung zunehmende praktische Bedeutung. Diese Beziehungen nicht nur in ihrer Mechanik, sondern bewußt unter ordnungspolitischem Gesichtspunkt zu diskutieren, und zwar am Beispiel eines Landes mit relativ langer und wechselhafter Planungstradition, muß für jeden wirtschaftspolitisch Interessierten von besonderem Reiz sein.

Angesichts solcher geweckten Hoffnungen wird die Lektüre zu einer sich steigernden Enttäuschung. Sowohl von der Anlage der Arbeit wie von der Gedankenführung her gelingt es dem Autor nur, immer wieder einzelner Zipfel des eigentlichen Themas habhaft zu werden. Dies ist zum Teil aus dem sicher wohlgemeinten — aber in Anbetracht der immerhin schon vorliegenden deutschsprachigen Veröffentlichungen zur französischen planification unnötigen — Versuch zu erklären, dem Leser gleichzeitig eine möglichst umfassende Einführung in die wichtigsten Gegebenheiten der französischen Wirtschaftspolitik zu vermitteln. Eine auf 38 Seiten ausgedehnte bzw. beschränkte Darlegung der „räumlich-strukturellen, ordnungspolitischen und theoretischen Grundlagen der französischen Regionalplanung“ (Überschrift des ersten Teils) einschließlich einer Diskussion der Theorie der Wachstumspole und einer wettbewerbstheoretischen Erklärung räumlich differenzierter Wachstumsprozesse ist kaum vorstellbar: als Einführung sicher zu lang, für eine ausführliche Erörterung aber völlig unzureichend (z. B. knapp zwei Seiten Text zum Abschnitt „Die französische Wirtschaftsordnung“). Zum eigentlichen Thema wird kaum hingeführt, die in der

Einleitung angekündigte Erarbeitung grundlegender ordnungspolitischer Beurteilungskriterien nur höchst fragmentarisch versucht. Auch der zweite der drei etwa gleich langen Teile, der die im wesentlichen institutionelle Entwicklung der französischen Regionalplanung beschreibt, bringt — abgesehen von der (mit vielen im einzelnen nicht begründeten Werturteilen durchsetzten) Darstellung der tatsächlichen Entwicklung — kaum etwas für das ordnungspolitische Thema. Der dritte Teil „Maßnahmen, Auswirkungen und Ergebnisse“ ist schon allein deswegen zum Scheitern verurteilt, weil die ordnungspolitischen Beurteilungskriterien eben nicht im ersten Teil dargelegt oder gar überzeugend begründet werden. Daß dem Autor dies kein Problem ist, sondern er es für ausreichend hält, ohne weiteres und ohne den Versuch einer wissenschaftlichen Argumentation von der relativen Überlegenheit einer zugegebenerweise nicht überall, aber eben doch bei möglichst wenig Staatstätigkeit noch am besten funktionierenden Marktwirtschaft auszugehen, wird dem Leser sehr schnell deutlich. Eine unter ordnungspolitischem Gesichtspunkt kritische Analyse ist aber bei freihändig implizierten Werturteilen derartiger Bedeutung schlechtdings nicht vorstellbar.

Diese Konzeption des Buches erspart dem Rezessenten immerhin das Eingehen auf eine Reihe von unbegründeten Definitionen, unklaren Begriffsverwendungen, Widersprüchlichkeiten und allzu groben Simplifizierungen im Text, die sich insbesondere im ersten und im dritten Teil der Arbeit finden. So ist die Aufnahme der Arbeit in eine wissenschaftlichen Anspruch erhebende Reihe ebensowenig verständlich wie der (nur von dem — vielleicht richtigen — Ergebnis her begründete?) Mut des Herausgebers, von einer „unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten grundlegenden und umfassenden Untersuchung des französischen Konzepts einer gesamtwirtschaftlich orientierten Regionalplanung“ zu sprechen. Man weiß wirklich nicht, wem man dieses Buch empfehlen könnte.

Peter Treuner, Kiel

*Hans-Jürgen Schmahl: Globalsteuerung der Wirtschaft. Die neue Konjunkturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Hamburg 1970. Verlag Weltarchiv GmbH. 97 S.*

Das Bändchen, das im Anhang den Text des „Stabilitätsgesetzes“ (S. 77-92) wiedergibt, wurde vom Verfasser als Einführung in die Probleme der aktuellen Konjunkturpolitik geschrieben und wendet sich vor allem an Praktiker und Studenten. Die Darstellung knüpft eng an die offiziellen Dokumente an (Sachverständigungsgutachten, Jahreswirtschaftsberichte, Bundesbankberichte), verbindet aber mit der Interpretation kritische Anmerkungen, wenn auch gelegentlich zu stark pauschaliert wird.

Der Verfasser widmet sich kurz dem „Prinzip der Globalsteuerung“, dem wirtschaftspolitischen Zielkatalog und dem Diagnose- und Prog-

noseproblem. Ausführlicher werden die Instrumente der Globalsteuerung — nach Ansatzpunkten gegliedert — betrachtet. Abschließend wird auf die unzureichende Koordination der Träger der Wirtschaftspolitik eingegangen, ohne daß der Verfasser jedoch über deskriptive Feststellungen hinausgeht, so daß Ansatzpunkte für eine Funktionsverbesserung der Globalsteuerung unklar bleiben.

Dieser knappe Grundriß gibt eine klare Übersicht zum Thema und überfordert nicht die Vorkenntnisse des angesprochenen Leserkreises. Als Arbeitsunterlage dürfte sich die Broschüre auch für den Oberstufenunterricht eignen.

Karl Georg Zinn, Aachen

**Wolfgang Stöckmann:** Regionale Konjunkturprobleme — Das Beispiel der norddeutschen Küstenländer. Göttingen 1970. Vandenhoeck & Ruprecht. 221 S.

Eine gesamtwirtschaftlich orientierte Konjunkturpolitik berücksichtigt nicht, daß konjunkturelle Schwankungen auch räumlich differenziert, und zwar zeitlich und intensitätsmäßig, auftreten können. Das vorliegende Buch gehört mit zu den ersten Arbeiten, die sich regionalen Konjunkturproblemen zuwenden, und verdient deshalb schon allein vom Methodischen her besondere Bedeutung.

Im ersten Teil bringt Stöckmann eine ex-post-Analyse der Wachstumszyklen der norddeutschen Küstenländer für die Jahre 1953 - 1968. Gemessen wird die Veränderung des BIP in jeweiligen Preisen. Mit diesem Konjunkturindikator wird ein ganz wesentlicher ökonomischer Ausdruck für konjunkturelle Bewegungen gewählt. Eine weiterführende regionale Konjunkturforschung müßte aber auch andere Indikatoren wie z.B. Arbeitslose und Auftragseingänge berücksichtigen. Als Ergebnis stellt sich für alle Regionen übereinstimmend ein vier- bis fünfjähriger Wachstumszyklus heraus, der als generelles konjunkturelles Problem jedoch nicht weiter analysiert wird. Gegenstand der folgenden beiden Teile sind vielmehr die regionalpolitisch relevanten Fragen: „a) Welche Struktur- und Standortfaktoren führen zu stärkeren bzw. schwächeren Fluktuationen der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region, und b) lassen sich die beobachteten Wachstumszyklen in den norddeutschen Küstenländern aus ihren raumindividuellen Struktur- und Standorteigenschaften erklären?“ (S. 41).

Im zweiten Teil versucht der Verfasser, dementsprechend die Ursachen regionaler Wachstumszyklen zu erklären. Hauptsächlich basiert er auf dem Branchenkonzept: „Von den konjunkturellen Fluktuationen der einzelnen Wirtschaftszweige und ihrem regionalen Konzentrationsgrad wird auf das typische Konjunkturverhalten des Wirtschaftsraumes geschlossen“ (S. 42). Stöckmann resümiert, daß sich die Investitionsgüterbereiche, die Herstellung dauerhafter Konsumgüter sowie ihre vorgelagerten Produktionsstufen als besonders konjunktur-anfällig erweisen. Das ist zwar eine immer noch sehr globale Aussage,

die zudem auch nicht neu ist, die aber zur Analyse regionaler Konjunkturprobleme in diesem Rahmen notwendig ist. Die Wirtschaft wird so unterteilt in konjunkturanfällige und konjunkturunfähige Wirtschaftszweige.

Das Branchenkonzept wird durch einige „grundlegende Überlegungen“ (S. 53) der „export base theory“ ergänzt: Nah- und Fernorientierung einzelner Branchen sind konjunkturell anders zu beurteilen. „Besitzt eine Region in ihren ‚exportorientierten‘ Wirtschaftsbereichen überdurchschnittlich viele mit einem konjunkturempfindlichen Produktionsprogramm, weisen auch die nahbedarfstätigen Wirtschaftszweige eine höhere Konjunkturanfälligkeit als der Branchendurchschnitt auf“ (S. 81 f.). Diese Erkenntnis ergibt sich einfach aus dem Konzept der Nah- und Fernbedarfstätigen. Vervollständigend muß aber berücksichtigt werden, daß konjunkturelle Impulse nicht nur über Lieferbeziehungen weitergeleitet werden. Die Rolle psychologischer Faktoren auf das regionale Konjunkturverhalten wird nicht weiter untersucht. Jedoch werden die beiden erwähnten theoretischen Ansätze noch um drei Aspekte ergänzt: 1. eine regional differenzierte Unternehmenspolitik, 2. die kurzfristige Verschiebung betrieblicher Kostenstrukturen und 3. räumlich abweichende Betriebsgrößenstrukturen als konjunkturelle Einflußgrößen.

Die Anwendung dieses theoretischen Gerüstes zur Erklärung der Konjunkturen in den norddeutschen Küstenländern erfolgt im dritten Teil, gegliedert nach den Räumen Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Als zusammenfassender Ausdruck wird jeweils der „Stabilitätsgrad“ ermittelt, der das Verhältnis der konjunkturunfähigen zu den konjunkturanfälligen Wirtschaftszweigen darstellt, z. B. am Umsatz oder am Beitrag zum BIP gemessen. Er ist in Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein wesentlich höher als im übrigen Bundesgebiet, in Niedersachsen liegt er etwas über dem Bundesdurchschnitt. Für die umfangreiche und ausführliche Deutung des Konjunkturverlaufs im norddeutschen Raum müssen mangels statistischen Materials häufig reine Plausibilitätsüberlegungen herhalten.

Alles in allem eine Arbeit, die einen Weg aufzeigt, wie regionale Konjunkturprobleme unter ungünstigen statistischen Bedingungen angegangen werden können. Für praktische Folgerungen erscheinen weiterführende Untersuchungen erforderlich.

Ulrich Brösse, Aachen

**Eckard Gröhn:** Spektralanalytische Untersuchungen zum zyklischen Wachstum der Industrieproduktion in der Bundesrepublik Deutschland 1950 - 1967. Tübingen 1970. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 176 S.

Die Tatsache, daß wirtschaftliches Wachstum mit ständigen Strukturwandelungen verbunden ist, erfordert eine Reduzierung des hohen Aggregationsgrades makroökonomischer Wachstumsmodelle. Die Ein-

beziehung sektoraler Strukturen in Wachstums- und Konjunkturmodelle wirft jedoch eine Reihe von Fragen auf, die nur durch empirische Untersuchungen geklärt werden können. Zwei dieser Fragen versucht Gröhn zu beantworten: Mit welcher Stärke und mit welcher Geschwindigkeit reagieren die einzelnen Branchen auf Konjunkturbewegungen?

Als Datenmaterial benutzt er die in monatlichen Abständen vorliegenden Indexziffern der industriellen Nettoproduktion der BRD von 1950 bis 1967.

Neben einem einführenden Teil, der im wesentlichen der Diskussion der analytischen Voraussetzungen einer umfassenden empirischen Wachstumsuntersuchung dient, gliedert sich das Buch gemäß obiger Fragestellung in zwei Hauptteile.

Im ersten Hauptteil ermittelt Gröhn eine Klassifizierung der Industriezweige in Bezug auf die Intensität des konjunkturellen Ausschlags. Es zeigt sich, daß die konjunkturellen Verhaltensweisen von Produktions- und Verbrauchsgüterindustrien erheblich differieren; der Tendenz nach sind die „konsumfernen“ Industriezweige, die vorwiegend Produktionsgüter erstellen, durch überdurchschnittlich hohe konjunkturelle Schwankungen ausgezeichnet.

Das Ausmaß der Schwankungsintensität ist bei den „konsumnahen“ Industriezweigen dagegen bedeutend geringer.

In dem zweiten Hauptteil geht Gröhn dem Phänomen nach, daß einzelne Wirtschaftszweige nicht nur empfindlicher, sondern auch früher auf die allgemeine Konjunkturentwicklung reagieren.

Er ermittelt wiederum eine Klassifizierung der Industriezweige, diesmal in Bezug auf die zeitliche Phasenverschiebung zwischen den einzelnen Industriezweigen und der Gesamtheit der (hier betrachteten) Verarbeitenden Industrie. Dadurch konnte eine Reihe von typischen lead-lag-Strukturen aufgedeckt werden.

Die durch Verknüpfung beider Klassifizierungen resultierende Zweifachklassifikation ergibt ein relativ ausgeprägtes Verhaltensmuster der Industriezweige.

Hierdurch kann ein aufschlußreiches Abbild der relativen Konjunkturempfindlichkeit gewonnen werden. Es liegt auf der Hand, daß derartige Resultate für die Entwicklung sektoraler Modelle von außerordentlicher Bedeutung sind.

Das Buch verdient auch in methodischer Hinsicht Interesse. Im Gegensatz zu den bisher meist angewandten Methoden der deskriptiven Statistik benutzt Gröhn spektralanalytische Methoden. Da dieses Instrumentarium noch nicht zum ökonometrischen Allgemeingut gezählt werden kann, werden jeweils zu Beginn der Hauptteile die benötigten Begriffe und Aussagen zusammengestellt. Hierbei haben sich die unten aufgeführten Druckfehler (die allerdings den Wert des Buches nicht mindern) eingeschlichen. Der erste Hauptteil bringt nach einer kurzen Einführung in die Theorie der stochastischen stationären Pro-

zesse die Grundzüge der korrespondierenden Spektraltheorie, d. h. die Darstellung der Autokovarianzfunktion als Fourierintegral. Danach werden relativ ausführlich erläutert: die Bedeutung der Spektraldichte-funktion, die Vorteile einer Prozeßdarstellung im Frequenzbereich (statt im Zeitbereich), die Ausnutzung der Ergodizitätseigenschaften des Prozesses und die Konstruktion geeigneter Spektraldichte-Schätz-funktionen.

Der zweite Hauptteil enthält einen Abriß der Kreuzspektralanalyse.

Diese Untersuchung von Eckard Gröhn, in der wesentliche Struktur-eigenschaften im Bereich der deutschen Industriegewirtschaft spektral-analytisch identifiziert werden konnten, darf als gelungene Anwen-dung der modernen Zeitreihenanalyse gelten.

*Druckfehler:*

- S. 29, 7. Z. v. u.: EBERL statt EBEL
- S. 40, 5. Z. v. u.:  $\cos \omega\tau \pm i \sin \omega\tau$  statt  $\omega\tau + i \sin \omega\tau$
- S. 47, in Formel (22) und (24) ist jeweils zu ergänzen: Unter der Vor-aussetzung, daß  $\mu = 0$ .
- S. 48, in Formel (26) sind  $\bar{x}_{(1)}$  und  $\bar{x}_{(2)}$  durch  $\bar{x}$  zu ersetzen
- S. 48, 7. Z. v. o.:  $\bar{X}$  statt  $X$
- S. 49, 2. Z. v. o.:  $\sum_{\tau=1}^T$  statt  $\sum_{T=1}^T$
- S. 61, 1. Z. v. o.:  $H^i(\omega)$  statt  $H^1(\omega)$
- S. 61, 3. Z. v. u.:  $\frac{4\tau}{3M}$  statt  $\frac{4\tau}{M}$
- S. 65, entweder  $\Delta t$  stets im Nenner aufführen, also auch in der 20. Zeile von oben, oder stets gleich 1 setzen.
- S. 81, 3. Z. v. u.: zitierte Arbeit nicht an angegebener Quelle zu finden
- S. 124, 12. u. 13. Z. v. o.:  $[\cos \omega\tau \text{ und } \sin \omega\tau]$  statt  $[\cos \omega\tau \text{ und } \sin \omega\tau]$
- S. 125, 13. Z. v. o.:  $X_j(t)$  statt  $X_j(t + \tau)$
- S. 131, in den Formeln (34), (35), (36) ist jeweils  $T$  durch  $T - \tau$  zu er-setzen.

Günter Bamberg, Augsburg

*Hansjörg Buck:* Technik der Wirtschaftslenkung in kommunistischen Staaten, Funktionsweise und Funktionsschwächen der Zentralplan-wirtschaft sowjetischen Typs in der UdSSR, in Mitteldeutschland und in den osteuropäischen Ländern. Coburg 1969. Verlagsanstalt Neue Presse. 2 Bde. 1041 S.

Vom Umfang her dürfte diese zweibändige Monographie, die auf einer Ende 1967 abgeschlossenen Dissertation aufbaut, das umfassend-ste Werk zum Thema sein, das z. Z. in deutscher Sprache vorliegt. Der

Autor will eine Darstellung der „Methoden, mit denen die gesamte Volkswirtschaft nach ... politischen Zielen“ der kommunistischen Parteien gelenkt wird, geben. Der Wert der Arbeit, die eine breite Literaturbasis ausweist, liegt vor allem in der Fülle von Detailinformationen, weniger in der theoretischen Auseinandersetzung mit der Planwirtschaftsidee. So vermißt man bereits die von der Aufgabenstellung her zu erwartende Erörterung gesellschaftspolitischer Ziele des Sozialismus, wobei auch auf die generelle, d. h. systemindifferente Problematik sozialer Wohlstandsfunktionen, einzugehen nahe gelegen hätte.

Neuere Entwicklungen, die sich jedoch bereits in der Periode der ersten umfassenderen Reformen der Ostblockwirtschaften abzeichneten, werden nur relativ knapp behandelt und die Erfolgsaussichten etwas verharmlost. Man vermißt beispielsweise eine Beurteilung der dynamischen Verflechtungsbilanzierung, der wachsenden Bedeutung von Prognosen in der Planung, der Diskussion um Konsumforschung und die Konzeption des Lebensniveaus in den Planwirtschaften. Der wiederholte Hinweis auf die bekannten Freiheitsbeschränkungen und auf die Führungsrolle der Partei in den Comecon-Staaten reicht nicht aus, um die Grundposition des Verfassers zu bestätigen, daß ein permanenter Gegensatz zwischen (ideologischen) Zielen der Wirtschaftspolitik und den Bedürfnissen der Konsumenten besteht. Adäquat wäre hier die Analyse von möglichen Interessengegensätzen und zeitweisen und/oder systemspezifischen Widersprüchen gewesen.

Das voluminöse Werk bringt insofern nichts Neues, als die mit Planwirtschaftsfragen befaßte Literatur bereits weitgehend alle hier behandelten Entwicklungen dargestellt und theoretisch erörtert hat. Die vorliegende Materialsammlung, in der empirische Sachverhalte meistens bis in Verästelungen wiedergegeben werden, schließt dennoch eine Lücke, da eine solch vollständige Gesamtdarstellung der Wirtschaftssysteme von UdSSR und DDR gefehlt hat.

Karl Georg Zinn, Aachen

*István Friss (Hrsg.): Reform of the Economic Mechanism in Hungary. Nine Studies. Budapest 1969. Akadémiai Kiadó. 274 S.*

Unter den verschiedenen Varianten von „Liberalisierung“, „neuen ökonomischen Modellen“ und ähnlichen Erscheinungen in den sozialistischen Ländern Ost- und Südosteuropas ist der ungarische Weg zu einem funktionsfähigeren Wirtschaftssystem in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt, seitdem Breshnew selbst ihn anlässlich des Budapester Treffens der Ostblockspitzen im November 1970 mit Zustimmung und Respekt bedachte. Anders als die in der ČSSR — wegen ihres unzweckmäßigen, weil politisch-ideologisch konflikterzeugenden Ansatzes — gescheiterten Reformversuche beschränkt man sich in Budapest unter Kádár auf den Bereich wirtschaftlicher Neuerungen.

Trotz einer sie begleitenden aufgelockerteren Atmosphäre ist ihr alleiniges Ziel die Schaffung eines modernen Bedingungen genügenden Wirtschaftssystems; seine ideologischen Grundlagen jedoch stehen nicht zur Diskussion.

Der Information über Ziele und Inhalt der ungarischen Wirtschaftsreformen soll der vorliegende Sammelband dienen. Er vereint neun Einzelbeiträge, in denen sich namhafte Autoren mit wichtigen Teilaspekten dieser Veränderungen teils theoretisch, teils mehr empirisch ausgerichtet beschäftigen. Im allgemeinen betonen sie die grundsätzlichen Zusammenhänge, ohne aber dabei konkrete Details zu übersiehen. Auf eine Auseinandersetzung mit Erfahrungen bei der Verwirklichung der Reform wird verzichtet, weil die meisten Abhandlungen schon in ihrer Frühphase verfaßt wurden. Schließlich beschränkt sich die Darstellung auf den staatlichen Sektor der Wirtschaft; Genossenschaften und auch die Landwirtschaft werden nicht berücksichtigt.

Der neue Mechanismus zielt auf eine „Steigerung der Effizienz von Planung und ökonomischen Aktivitäten zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums“ ab. Er verbindet — wie in anderen sozialistischen Staaten, aber ausgeprägter und konsequenter — Plan und Markt als Koordinationsprinzipien und Steuerungselemente der Volkswirtschaft. Einen guten Eindruck von Absicht, Problemen und seit dem 1. Januar 1968 beschrittenen Reformwegen vermittelt der einführende Aufsatz von I. Friss, der durch eine Darstellung der Rolle der Volkswirtschaftsplanung im neuen System ergänzt wird (I. Hetényi). Die beiden Hauptelemente des indirekten Lenkungsmechanismus — Preisbildung und Produktionsmittelhandel (anstelle des „materiell-technischen Versorgungssystems“ zentraler Zuweisungen) — werden ausführlich von B. Csikós-Nagy und O. Gadó behandelt. Die für den Erfolg eines teilweise dezentralisierten Systems außerordentlich wichtige Nahtstelle zwischen staatlich-zentralen Absichten und betriebsautonomen Verhaltensweisen bildet den Gegenstand von zwei anderen Studien von T. Morva und J. Wilcsek. Außerdem enthält der Sammelband weitere Abhandlungen über die Verwendung mathematischer Planungsmethoden, finanzwirtschaftliche Steuerungselemente sowie die internationale Arbeitsteilung im RGW, jeweils im Hinblick auf die Reformen analysiert von S. Ganczer, B. Sulyok und S. Ausch. In einem Anhang werden nützliche Erläuterungen und Definitionen wichtiger Begriffe der sozialistischen Wirtschaft gegeben.

Die Arbeiten zeichnen sich durch Nüchternheit und Sachbezogenheit aus. Entsprechend den Zielen der Reform tauchen ideologische Fragen nur am Rande auf. Wie andere ungarische Veröffentlichungen zeigen die Verfasser ein hohes Maß an Verständnis für die ökonomischen Funktionsbedingungen einer Alternative zum früheren System zentraler Planung. Dabei wird häufig deutlich sichtbar, wie stark die marktwirtschaftlichen Auffassungen — bis hin zu „Monopol und Wettbewerb“ — inzwischen Wirtschaftsdebatten und Reformbestrebungen

im Osten, auch auf Kosten der Verwirklichung der metaökonomischen Ziele, beeinflussen (ein Eindruck, der auch durch die Beschäftigung mit anderen sozialistischen Volkswirtschaften bestätigt wird). Als Kernproblem jeder derartigen Reform bleibt freilich die Frage bestehen, wie die Autonomie der Unternehmungen, die ihnen im Hinblick auf die erstrebte Effizienzsteigerung zugestanden wurde, mit den staatlichen Zielen verbunden werden kann, ohne daß die Erreichung der letzteren durchkreuzt wird. Hierüber kann naturgemäß nur die Beobachtung der Wirklichkeit Auskunft geben.

Diese notwendig beschränkte Aussagefähigkeit verhindert nicht, daß der Band einen ausgezeichneten Einblick in die Problematik wirtschaftlicher Reformen nicht nur in Ungarn, sondern im Prinzip im ganzen sozialistischen System bietet. Er müßte zwar durch „Erfolgsberichte“ ergänzt werden; auch in der vorliegenden Gestalt kann er jedoch Wesentliches zur Verbreitung größerer Sachkenntnis über die Gegebenheiten im Osten, die insbesondere in der Bundesrepublik dringend notwendig ist, beisteuern. Der westliche Leser sollte dabei auch bedenken, weshalb Reformen dieser Art erforderlich wurden, worauf und wogegen sie sich richten und auch ihr Verhältnis zu den „eigentlichen“ Zielen der sozialistischen Wirtschaftspolitik zum Gegenstand eigenen Nachdenkens machen.

Hans Böhme, Kiel

*Reinhold Biskup: Sowjetpolitik und Entwicklungsländer. Ideologie und Strategie in der sowjetischen Politik gegenüber den Entwicklungsländern. Freiburg i. Br. 1970. Rombach. 212 S.*

Biskup bestimmt in seiner Analyse wichtige Faktoren der sowjetischen Politik gegenüber Entwicklungsländern. Im ersten Kapitel „Zur Kontinuität der russischen Großmachtpolitik“ umreißt der Autor die politischen Zielsetzungen der sowjetischen Führung. Die Stärkung des Sowjetsystems auf der Grundlage der kommunistischen Weltanschauung verlangt eine kontinuierliche Expansion. Als ein besonders geeignetes Operationsfeld für weltrevolutionäre Aktivitäten gelten die Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

Der Autor geht im zweiten Kapitel „Ideologie“ davon aus, daß die Einstellung der Sowjetunion zu Entwicklungsländern nur auf dem Hintergrund der Ideologie des Marxismus/Leninismus erklärbar sei. Marx maß der Abhängigkeit der englischen Manufakturindustrie von Absatzmärkten in Asien eine große Bedeutung bei, sah jedoch zu erwartende Störungen der ökonomischen Beziehungen zwischen Mutterland und Kolonien letztlich allein durch das industriell am weitesten entwickelte Land, nämlich England, verursacht. Biskup hebt in diesem Zusammenhang Lenins Imperialismustheorie hervor. Nach Lenin sind für die proletarische Revolution auch Entwicklungsländer unmittelbar eine treibende Kraft. Beispielhaft sei Rußland als das schwächste Kettenglied des Kapitalismus. Alle unterdrückten und ausgebeuteten kolo-

nialen und halbkolonialen Länder würden sich mit den revolutionären Kräften Rußlands verbünden. Biskup analysiert diese Vorstellungen und ihren Einfluß auf die sowjetische Politik gegenüber Entwicklungsländern unter den im Laufe der Zeit veränderten weltweiten politischen, sozialen und ökonomischen Gegebenheiten.

Von den eingetretenen Veränderungen dieser Gegebenheiten blieben selbstverständlich die im dritten Kapitel „Strategie“ behandelten Stil- und Spielarten der Strategie und Taktik zur Realisierung politischer Aktionsprogramme gegenüber Entwicklungsländern nicht unberührt. Die sogenannte indirekte strategische Variante erfährt als situationsbedingt eine besondere Ausprägung. Die gegebene wirtschaftliche und militärische Machtkonstellation einerseits, wie sie vom Abschreckungspotential der westlichen Welt maßgeblich bestimmt wird, und Erfolgsnachweise hinsichtlich einer Ausweitung der proletarischen Weltrevolution andererseits zwingen die politische Führung der Sowjetunion, wie Biskup ausführt, der indirekten strategischen Variante den Vorzug zu geben. Sie ist u. a. gekennzeichnet durch die sogenannte Politik der friedlichen Koexistenz, durch die Unterstützung von Befreiungsrevolutionen sowie durch die Beteiligung an multilateralen Programmen und bilateralen Verträgen im Rahmen wirtschaftlicher Entwicklungshilfen.

Einen besonderen Abschnitt widmet Biskup dem sowjetisch-chinesischen Konflikt. Es wird überzeugend dargestellt, wodurch Meinungsverschiedenheiten über die revolutionären Strategien bedingt sind.

Die sowjetische Propaganda steht im Mittelpunkt des vierten Kapitels „Die sowjetische Propaganda zwischen Ideologie und Strategie“. Der Propaganda fällt vor allem die Aufgabe zu, die theoretischen Begründungen des politischen Handelns wie die politischen Aktionen selbst zu rechtfertigen. Zahlreiche Entwicklungsländer konnten zum Beispiel ihre politische Unabhängigkeit ohne „revolutionäre“ Mitwirkung der kommunistischen Partei erlangen. Die Zwei-Welten-Theorie mußte zu einer Drei-Welten-Theorie weiterentwickelt und propagiert werden. Demzufolge änderten sich auch die revolutionäre Strategie und Taktik, nachdem immer mehr Entwicklungsländer in die Weltpolitik mit unabhängig handelnden, völkerrechtlich anerkannten Regierungen eintraten. Neue Faktoren bestimmen demnach die sowjetische Politik gegenüber Entwicklungsländern.

Jeder am Weltgeschehen interessierte Leser wird durch die Lektüre des Buches von Biskup aufschlußreiche Einblicke in das Denken und Handeln bekommen, das die sowjetische Politik gegenüber Entwicklungsländern kennzeichnet, und er erhält außerdem viele Anregungen für die Urteilsbildung über diesen politisch so bedeutsamen Bereich. Man kann sich zum Beispiel fragen, welche Ausstrahlungskraft die im sozialistischen Lager integrierten Länder Ost- und Südosteuropas einschließlich der DDR angesichts ihrer zum Teil ausgeprägten nationalstaatlichen Regungen auf andere noch abseits stehende bzw. unentschiedene Länder haben werden. Auch davon wird die sowjetische Au-

ßenpolitik wesentlich mitbestimmt. Der Nationalökonom denkt vor allem an die nicht unerheblichen Kosten, die mitunter für den Erwerb der politischen Gunst dieses oder jenes Entwicklungslandes von Moskau gezahlt werden müßten. Die Probleme, mit denen sich die sowjetische Führung bei ihren Bemühungen zur Leistungssteigerung der Volkswirtschaft konfrontiert sieht, erhöhen das Gewicht des ökonomischen Bestimmungsfaktors für die sowjetische Außenpolitik gegenüber Entwicklungsländern.

Solche Fragen stellen sich vor allem, wenn man die politischen Perspektiven im Auge hat. Ihnen widmet Biskup das fünfte Kapitel „Perspektiven“, beschränkt sich dabei aber auf äußerst engen Raum. Eine thesenartige Zusammenfassung der vermittelten Einsichten aus den vorangegangenen Kapiteln und daraus abgeleitete Schlußfolgerungen für weitere Entwicklungen würden dem Leser die Bestimmung seiner eigenen Position erleichtern.

Ein ausführliches Literaturverzeichnis bietet die Möglichkeit für vertiefende Studien.

Johannes F. Tismer, Berlin

*Kurt Müller: Die Entwicklungshilfe Osteuropas. Konzeptionen und Schwerpunkte. Hannover 1970. Verlag für Literatur und Zeitgeschichte. 274 S.*

Die durch die Staatschefs der Sowjetunion und Ägyptens vorgenommene feierliche Einweihung des Assuan-Staudamms hat nicht nur die eineinhalb Jahrzehnte alte Frage neu belebt, wie und unter welchen Gesichtspunkten die seinerzeitige Verweigerung amerikanischer Kapitalhilfe zu beurteilen sei, sondern auch ganz allgemein die sowjetische Entwicklungshilfe und ihre Rolle in der Weltpolitik wieder in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Vor dem Hintergrund der Bedeutung, die dieser Frage zukommt, ist es erstaunlich, wie wenige Untersuchungen der sowjetischen Entwicklungshilfe es bisher gibt. Neben den offiziellen Veröffentlichungen der UNO und ihrer Unterorganisationen sind es insbesondere die Arbeiten Marshall Goldmans und Kurt Müllers, auf die man zurückgreifen kann. Kurt Müller, der schon vor etwa zehn Jahren unter dem Titel „Über Kalkutta nach Paris?“ eine erste Untersuchung vorlegte, veröffentlichte in dem vorliegenden Werk eine weitere Analyse, die sich hauptsächlich mit den sowjetischen Erfahrungen in dem abgelaufenen Jahrzehnt beschäftigt sowie mit den Konsequenzen, die sowjetischerseits daraus gezogen wurden.

Die neue Untersuchung Müllers ist zu diesem Zweck in zwei Hauptabschnitte untergliedert. Im allgemeinen Teil analysiert er die Änderungen in der Konzeption der sowjetischen Entwicklungshilfe und ihre allmähliche Anpassung an die besonderen Bedingungen der einzelnen Empfängerländer. Dabei sind die weltpolitischen Entwicklungen und besonders das Verhältnis zu China genau so wichtige Bestimmungsfak-

toren wie das wirtschaftliche Wachstum in den Entwicklungsländern und in der Sowjetunion selbst. Der zweite, besondere Teil befaßt sich mit den wichtigsten Empfängerländern (Indien, Afghanistan, Iran, Türkei, Pakistan, Ägypten, Syrien und Algerien), ihren innenpolitischen Entwicklungen und außenpolitischen Bindungen und berücksichtigt zudem auch die Entwicklungshilfe der anderen osteuropäischen Staaten für diese Länder.

Der Wert der Arbeit liegt einmal in der außerordentlich fleißigen und sorgfältigen Zusammenfassung auch z. T. abgelegenen Materials und in der verständigen Kommentierung. Daß dabei die politischen Momente eindeutig vor den wirtschaftlichen Faktoren rangieren, ist nicht weiter verwunderlich und vermutlich sowohl durch das Interesse des Autors als auch des überwiegenden Teils seiner Leserschaft bedingt. Einige interessante Fragen bleiben darüber hinaus unbehandelt, so z. B. die Frage, ob die Sowjetunion bei ihrer Entwicklungshilfe nur von den genannten weltpolitischen Zielen ausgeht oder ob auch bei ihr gelegentlich — ähnlich wie hin und wieder bei westlichen Ländern — die bloße Hilfsabsicht eine Rolle spielt. Auch die möglicherweise unterschiedlichen Motive der anderen sozialistischen Länder werden nicht analysiert. Man kann jedenfalls nicht ohne weiteres annehmen, daß für sie ausschließlich der sowjetische Wunsch nach Verlagerung eigener Lasten ausschlaggebend war. Der Wert des Buches wird durch solche Lücken jedoch nur unwesentlich gemindert. Es ist in jedem Fall eine nützliche und wertvolle Bereicherung unseres Wissens über die wirtschaftlichen und politischen Aktivitäten der Sowjetunion in den Entwicklungsländern.

Gert Leptin, Berlin

*René L. Frey: Infrastruktur. Grundlagen der Planung öffentlicher Investitionen.* Tübingen, Zürich 1970. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Polygraphischer Verlag AG. X, 132 S.

Die Arbeit ist als Lehrbuch konzipiert und bietet in knapper und gut lesbarer Form einen Überblick über die Diskussion zum Problembereich der Infrastrukturplanung aus ökonomischer Sicht, wobei als Infrastruktur die Bereiche Verkehr, Energie, Ausbildung, Forschung Gesundheitswesen, Wasserbau und Wasserwirtschaft sowie die Anlagen für Kultur, Erholung, Sport und öffentliche Verwaltung verstanden werden; als nicht der Infrastruktur zugehörig werden Justiz, Polizei, Verwaltung und Wohnungswesen bezeichnet. Diese Form der enumerativen Definition erspart dem Leser die wenig ergiebige Auseinandersetzung um die begriffliche Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes; sie weicht ab von der gleichfalls enumerativen Definition *Jochims*.

Die Arbeit ist in sieben Kapitel gegliedert. Das erste Kapitel befaßt sich mit der Infrastruktur in dogmengeschichtlicher Sicht: die Entwicklung des Verkehrs- und höheren Ausbildungswesens durch die französischen Merkantilisten sowie die gleichzeitige staatliche Förderung des

Schulwesens und der Forschung durch England, die Niederlande und Spanien mit dem Ziel der Schaffung der räumlichen und institutionellen Voraussetzungen für ein einheitliches Wirtschaftsgebiet und der Einbeziehung der gesamten Bevölkerung in diese modernisierte Volkswirtschaft. Die Physiokraten schenken der Infrastruktur keine besondere Beachtung. Bei Adam Smith finden sich Überlegungen über den Kollektivgutcharakter und die Tatsache von externen Effekten, die — neben den traditionellen Staatsaufgaben der Landesverteidigung, Justiz und Polizei — rechtfertigen, daß der Staat bestimmte weitere Leistungen anbietet. Smith zählt dazu vor allem das Verkehrs- und das Schulwesen. Im Gegensatz zu den Merkantilisten fordern die Klassiker auch Ausbildungsmöglichkeiten für die ärmeren Volksschichten, weil die Arbeitsteilung höhere Anforderungen an die Arbeitskräfte stelle und Schulabsolventen bessere Staatsbürger seien. Bei allen Klassikern finden sich Hinweise auf die Bedeutung der Forschung für die wirtschaftliche Entwicklung.

Für Friedrich List — selbst ein praktischer Eisenbahnplaner — ist eine gut ausgebauten Rechtsordnung, Verwaltung, Post und Presse, das Transport-, Ausbildungs- und Gesundheitswesen und die Fähigkeit der Bevölkerung, technisches Wissen anzuwenden, die Quelle der Produktivkraft für die Schaffung des zukünftigen Wohlstandes. Er weist auf die ausgeprägten externen Effekte, die lange Lebensdauer, die Interdependenzen und das starke Ausmaß von Intangibles hin.

Das zweite Kapitel befaßt sich mit der Betrachtung der Infrastruktur aus der Sicht der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Kapitaltheorie sowie mit den dabei auftretenden komplizierten Bewertungsproblemen, die mit großer Klarheit dargestellt werden. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, daß 1. die Quantifizierung des Infrastrukturkapitalbestandes ähnliche Schwierigkeiten bereitet wie bei anderen Kapitalarten. 2. Die Outputs der Infrastrukturausstattung sind entweder intermedäre Produkte für die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen, Endprodukte oder immaterielle Investitionsgüter (z. B. Ausbildungs- und Gesundheitsstand). Für Wohlstandsbetrachtungen sind die intermedären Produkte und die Endprodukte ohne Investitionscharakter im Sozialprodukt nicht zu berücksichtigen. Sofern das Sozialprodukt als Leistungsmaß dienen soll, müssen alle Infrastrukturausgaben zu Herstellkosten bewertet im Sozialprodukt berücksichtigt werden, wie dies heute in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung annähernd der Fall ist. 3. Da die Infrastrukturausgaben, d. h. die für den Ausbau der Infrastruktur eingesetzten Ressourcen, von Frey als Investitionen definiert sind, müssen sie wie die privaten Investitionen ins Sozialprodukt aufgenommen werden.

Das dritte Kapitel umreißt den Beitrag der Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung zur Theorie der Infrastruktur vor allem anhand der Arbeiten von Rosenstein-Rodan (Hinweis auf Unteilbarkeiten und Interdependenzen), Scitovsky (externe Effekte), Hirschman (direkt produktive Investitionen versus Infrastrukturausbau) sowie anhand der

Diskussionen zur Bedeutung der human investments. Es wird auf die unterschiedliche Bedeutung von Infrastrukturproduktiv- und Infrastrukturkonsumtivinvestitionen für die wirtschaftliche Entwicklung hingewiesen, sowie auf die Bedeutung der Infrastrukturinvestitionen für die Regionalentwicklung. Dabei wird zu Recht auf die möglichen negativen Effekte von Verkehrsinvestitionen (Entleerungseffekte) und Ausbildungsinvestitionen (Mobilitätsanstieg) hingewiesen.

Das vierte Kapitel beschäftigt sich mit dem Beitrag der Finanzwissenschaft und kommt zu dem Ergebnis, daß dieser wegen der Vernachlässigung der Theorie der öffentlichen Ausgaben noch in den Anfängen steckt. Im einzelnen werden die Wachstums-, Verteilungs- und Stabilisierungseffekte von Infrastrukturausgaben aus der Sicht der Theorie der öffentlichen Ausgaben diskutiert. Die Einkommenseffekte sind unproblematisch, sie unterscheiden sich nicht grundlegend von denen bei anderen Realausgaben. Für die Analyse des Kapazitätseffektes wird in modelltheoretischen Untersuchungen meist ein Kapitalkoeffizient verwendet, was für die konkrete Planung fragwürdig ist. Als Instrument der Verteilungspolitik können Infrastrukturausgaben gezielte öffentliche Leistungen an Personengruppen, Sektoren und Regionen erbringen. Als Instrument der Stabilisierungspolitik sind Infrastrukturausgaben Beschränkungen unterworfen: Im Vergleich zu Steuern eignen sie sich weniger zur Überwindung einer globalen Unterbeschäftigung; sie können nicht als automatische Konjunkturstabilisatoren (wie z. B. progressive Lohnsteuern) benutzt werden; sie unterliegen einem politischen Entscheidungsmechanismus mit seinen bekannten Schwächen; sie haben lange Planungs- und Bauzeiten, und angelaufene Arbeiten werden selten aus konjunkturellen Gründen eingestellt.

Das fünfte Kapitel handelt den Beitrag der Theorie der Wirtschaftspolitik ab (Theorie der Kollektivgüter, Allokationsmechanismus, Institutionen als Träger der Infrastrukturpolitik). Das sechste Kapitel skizziert abschließend kurz die Frage der mikro-ökonomischen Projektauswahl und die Grundzüge der Cost-Benefit-Analyse.

Die Arbeit gibt einen guten Überblick über die verschiedensten Ansätze der volkswirtschaftlichen Theorie, die sich explizit oder implizit mit dem Problem der Infrastruktur beschäftigt haben. Sie bietet damit nicht nur einen zeitsparenden und hilfreichen Einstieg in die verschiedenen Gebiete, sondern leistet auch eine Reihe von nützlichen Klarstellungen und originellen Beiträgen in den Lücken und Überschneidungszonen der unterschiedlichen Theoriebereiche. Um so begrüßenswerter ist der Verzicht auf eine voluminöse Auseinandersetzung mit der verarbeiteten Literatur und die Beschränkung auf eine konzise Zusammenfassung auf nur 125 Textseiten anhand einer klaren und übersichtlichen Gliederung des Stoffes.

Dieter Weiss, Berlin

*Klaus Mackscheidt: Der internationale Ausgleich der Faktorpreise.*  
Berlin 1967. Duncker & Humblot. 258 S.

Die Theorie der komparativen Kosten, wie sie zunächst von *Ricardo* entwickelt worden ist, hat sich in erster Linie mit der Frage auseinandergesetzt, ob der Außenhandel allen daran beteiligten Ländern Vorteile bringe. Andere Aspekte wie die Wirkungen des internationalen Handels auf die Faktorpreise und damit auf die Einkommensverteilung sind dagegen lange vernachlässigt worden und erst durch die Beiträge von *Heckscher* und *Ohlin* in den Mittelpunkt der theoretischen Diskussion gerückt. Die sich daran anschließende Literatur ist inzwischen Legion geworden. Diese Arbeit hat sich zum Ziel gesetzt, die vorwiegend im anglo-amerikanischen Sprachraum als Zeitschriftenaufsätze erschienenen Beiträge darzustellen und zu systematisieren. Darüber hinaus ist es dem Verfasser gelungen, einige neue Gedanken, Darstellungsmethoden und Kritikpunkte vorzulegen.

Die Arbeit ist in drei Teile gegliedert. Das erste Kapitel stellt die Entwicklung der Außenhandelstheorie bis zum Faktorpreisausgleichstheorem dar, wobei im Mittelpunkt die Untersuchungen von *Heckscher* und *Ohlin* sowie die Theorie vom Ausgleichszoll stehen. Das zweite Kapitel bringt sodann die Voraussetzungen und den exakten Beweis des Faktorpreisausgleichs. Im dritten Kapitel schließlich wird gezeigt, wie die induktive Basis des Theorems erweitert werden kann und an welchen Voraussetzungen das Theorem scheitert. Mackscheidt zeigt dabei insbesondere, daß der Faktorpreisausgleich dann nicht zu stande kommt, wenn die Annahmen unvollständiger Spezialisierung und konstanten Faktorangebots sowie die Prämissen hinsichtlich der Produktionsfunktionen aufgegeben oder abgeschwächt werden.

Diese Arbeit ist zweifellos mit Akribie und Scharfsinn geschrieben worden und stellt eine echte Bereicherung der deutschsprachigen Literatur zur Außenhandelstheorie dar. Kritisch ist folgendes anzumerken: Die Beschränkung auf den Zwei-Länder-, Zwei-Güter-, Zwei-Faktoren-Fall ist keineswegs, wie der Autor meint, lediglich eine Vereinfachung der Darstellung (S. 74), sondern sie hat materielle Bedeutung. Vor allem *Samuelson* und *Meade* haben darauf hingewiesen, daß die Relation Güter zu Faktoren zu beachten ist, was Mackscheidt dann an anderer Stelle (S. 99 ff.) auch selbst andeutet. Die Abb. 37 ist für die Darstellung des faktorbezogenen technischen Fortschritts wohl ungeeignet, weil dort lineare Übertragungskurven benutzt werden, die bei nichtneutraler technischer Fortschritt nicht anwendbar sind. Bei der Klassifikation des technischen Fortschritts (S. 175 ff.) hätte man sich zudem gewünscht, daß der Autor die bekannte Terminologie übernommen hätte. Dadurch wären die unklaren Formulierungen hinsichtlich der faktorneutralen und faktorbezogenen Produktivitätssteigerungen vermieden worden.

Die Klarheit der Darstellung leidet etwas darunter, daß der Verfasser nicht durchweg eine der möglichen graphischen Darstellungsmethoden zugrunde gelegt hat. So wird z. B. beim Beweis des Theo-

rems zunächst die Lancaster-Methode für den Spezialfall und später die Lerner-Methode für den allgemeinen Fall herangezogen. Dadurch wird es dem Leser unnötig erschwert, die Ergebnisse unmittelbar gegenüberzustellen und zu interpretieren. Zu bedauern ist schließlich, daß der Autor, der ein zentrales Problem der Außenhandelstheorie behandelt und eine umfangreiche Literatur ausgewertet hat, weder ein Sach- noch ein Personenregister angefertigt hat.

Rolf Peffekoven, Bochum

*François Bochud: Zahlungsbilanz und Währungsreserven. Tübingen u. Basel 1970. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) u. Kyklos. IX, 151 S.*

Neben einem kurzen einleitenden Kapitel zur „Geschichte der Zahlungsbilanz“ behandelt Bochud die Zahlungsbilanz unter den zwei Aspekten der statistischen Erfassung und des Ausgleichs der Zahlungsbilanz.

Zum Problem der Zahlungsbilanzstatistik finden sich einmal die langjährigen Bemühungen um eine internationale Standardisierung der nationalen Zahlungsbilanzstatistiken; die Konzepte des IMF stehen hier begreiflicherweise im Mittelpunkt der Betrachtung. Ein anderes Kapitel gibt einen systematischen Überblick über die statistischen Fehlerquellen bei der Erfassung der einzelnen Positionen des internationalen Handels- und Zahlungsverkehrs. Die vielen Beispiele führen deutlich vor Augen, wie unsicher die statistische Basis gerade auf diesem Sektor zwangsläufig sein muß — für die Konsumenten von Zahlungsbilanzstatistiken eine unübersehbare Warnung.

Die übrigen Kapitel befassen sich mit der Frage des Zahlungsbilanzausgleichs bzw. -gleichgewichts. Der Verfasser geht von der Vieldeutigkeit des in der Praxis verwendeten Gleichgewichtsbegriffes aus. Er zeigt, wie sich die „alte“ Unterscheidung nach autonomen und induzierten Transaktionen bzw. das frühere Konzept des „Compensatory Official Financing“ in den neueren Vorschlägen wieder in den Vordergrund drängt. Die Orientierung am Ausgleich der Grundbilanz scheint allgemein an Boden zu verlieren, andere Ansätze, wie gerade das „Liquiditätskonzept“ sind in erster Linie auf die besondere Situation der USA als Leitwährungsland beschränkt und auch dort heftig umstritten. Bochud betont mit Recht, daß es sich bei den verschiedenen Ansätzen nicht um rein akademische Abgrenzungsprobleme handelt. Insgesamt ist dieses Kapitel besonders informativ, findet sich doch hier ein systematischer Überblick über die Vielzahl der Konzeptionen; die Unterschiede und Gemeinsamkeiten werden übersichtlich dargestellt.

Die beiden letzten Kapitel behandeln schließlich das Problem der internationalen Liquidität unter dem Gesichtspunkt des Zahlungsbilanzausgleichs und der statistischen Erfassung. Die unterschiedliche Abgrenzung der Währungsreserven in den einzelnen Ländern muß zwangsläufig zur Asymmetrie einer „Weltzahlungsbilanz“ führen. Auch hier gibt der Verfasser wieder einen aufschlußreichen Einblick in die Praktiken der verschiedenen Länder.

Bochud informiert in ebenso einfacher wie systematischer und umfassender Weise über die einschlägigen Fragen. Das Buch erlaubt dem Leser einen schnellen Überblick über die behandelten Probleme, während man bisher etwa zur Orientierung über die verschiedenen Konzeptionen des „Zahlungsbilanzausgleichs“ ziemlich mühsam vielerlei Quellen bemühen mußte. Gerade der Verzicht auf unnötiges theoretisches Beiwerk trägt in diesem Fall sehr zur Übersichtlichkeit bei. Kurz: ein sehr nützliches Buch. Man möchte wünschen, daß im gegebenen Zeitpunkt eine Neuauflage die bis dahin eingetretenen Änderungen (z. B. jetzt schon die Sonderziehungsrechte!) berücksichtigt.

Otmar Issing, Nürnberg

*Wilhelm Bing: Investitionsfinanzierung in der Zentralverwaltungswirtschaft. Analyse des Prinzips der Eigenerwirtschaftung von Investitionsmitteln in der DDR. Stuttgart 1970. Gustav Fischer. VII, 136 S.*

Mit der Einführung des Neuen Ökonomischen Systems in der DDR wird die Investitionsfinanzierung nicht mehr durch zentrale Verteilung von zuvor zentralisierten Fonds (Abschreibung, Reingewinn, Aussonderung u. a.) mit der materiellen Investitionssicherung abgestimmt, sondern die Ansammlung von Finanzierungsmitteln erfolgt auf der unteren und mittleren Ebene (Vereinigung Volkseigener Betriebe). Die Ergänzungsfiananzierung („Fremdkapital“) geschieht dann über das staatliche Banksystem. Diese Änderung im Verfahren der Investitionsfinanzierung entspricht der Einführung neuer Erfolgskennziffern: Die Betriebe bzw. die VVB erhalten nur globale Normative (von 1971 an über 5-Jahres-Zeitraum) und können innerhalb dieser Grenzen frei disponieren. Die Quellen der „Eigenerwirtschaftung“ der Mittel sind Amortisationen und Gewinne für einfache bzw. erweiterte Reproduktion, wobei allerdings auch die erweiterte Reproduktion im Sinne des inkorporierten technischen Fortschritts aus Amortisationen möglich ist.

Bing widmet sich nach einer knappen Darlegung der Investitionsfinanzierung während der zentralistischen Periode (bis 1963/65) ausführlich den beiden Finanzierungsquellen Gewinn und Amortisation im Neuen Ökonomischen System. Der Verfasser bemüht sich um eine ausführliche Darstellung und sucht seine Überlegungen mit einer Fülle wörtlicher Zitate zu belegen.

Bis 1968 blieb das Prinzip der Eigenerwirtschaftung nach Bings Ansicht weitgehend wirkungslos; die betrieblichen Investitionen standen in keiner direkten Beziehung zum erwirtschafteten Gewinn. Im wesentlichen dürfte dies darauf zurückzuführen sein, daß bis 1968 keine langfristige Investitionspolitik auf Betriebsebene gestattet war. Dieser Mangel wird auch von den Fachleuten in der DDR gesehen.

Bereits von Beginn des NÖS an war daher die Umstellung auf langfristige Investitionsplanung (5 Jahre) der Betriebe vorgesehen, um den unteren Ebenen mehr Spielraum zu geben: Den Betrieben werden

für den Planungszeitraum fixe Prozentsätze vom Amortisationsvolumen und vom Nettogewinn zur Eigenerwirtschaftung belassen. Über den Erfolg dieser Umstrukturierung, die erst in der Fünfjahresperiode 1971 - 1975 voll wirksam wird, läßt sich z. Z. nichts Abschließendes ausmachen. Die Skepsis des Verfassers gegenüber den Aussichten des NÖS scheint somit nicht begründet.

Der vorliegende Band wird wegen seiner reichen Information auch für jene Leser wertvoll sein, die sich Bings Beurteilung der Erfolgsschancen des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Mittel nicht anschließen. Vor allem erscheint die These des Autors, daß kein qualitativer Unterschied zwischen der Situation bei jährlichen Planvorgaben und bei Fünfjahresnormativen besteht (S. 70 *passim*) nicht plausibel. Der Überlegung, daß hohe Nettogewinne während eines 5-Jahres-Planzeitraums zu höheren Plannormativen in der folgenden Periode führen werden, ist zwar zuzustimmen, aber im Rahmen einer Fünfjahresplanung ergeben sich andere Verhaltensweisen der Betriebe als bei jährlichen Planvorgaben. Während bei jährlicher Planvorgabe das Interesse der Betriebe an „weichen“ Plänen überwiegen dürfte und so mit mögliche Leistungssteigerungen, die sich in entsprechenden Gewinnzunahmen niederschlagen, vermieden werden, würde ein gleiches Verhalten in einem Fünfjahreszeitraum durch Verzicht auf Prämien (und Realeinkommen) einen Nutzenentgang bedeuten, der auch durch entsprechend weichere Pläne in der Anschlußperiode nicht aufgewogen werden dürfte.

Auch besteht stets das Risiko, daß die oberen Planungsinstanzen doch noch direkte Korrekturen vornehmen. Zudem sichert die optimale Ausnutzung der investitionspolitischen Möglichkeiten, daß im Zuge des technischen Fortschritts auch höhere Normative in der folgenden Planperiode vom Betrieb ohne unerträglichen Druck realisiert werden können. Daß hierbei eine möglichst genaue Prognose des technischen Fortschritts und damit des moralischen Verschleißes notwendig ist, liegt auf der Hand. Bing konzediert der Planwirtschaft in diesem Punkt eine gewisse Überlegenheit: „Immerhin dürfte es der Wirtschaftsleitung in einer Zentralverwaltungswirtschaft leichter fallen, den wirtschaftlichen Faktor der Anlagenentwertung im voraus zu erfassen als den Unternehmensleitern in einer Marktwirtschaft ... In der zentral gelenkten Wirtschaft ist die „wirtschaftliche Entwicklung“ nahezu mit der Entwicklung der Volkswirtschaftspläne identisch und daher viel leichter vorauszubestimmen“ (S. 102 f.).

Karl Georg Zinn, Aachen

**Karl Friedrich Wernet:** Wettbewerbs- und Absatzverhältnisse des Handwerks in historischer Sicht. Erster Band: Nahrung, Getränke, Genussmittel. Berlin 1967. Duncker & Humblot. 472 S.

Der Verfasser hatte die Absicht, den Wettbewerb und die Absatzverhältnisse des Handwerks in historischer Sicht in mehreren Bänden

darzustellen. Infolge seines Todes ist das Werk *Torso* geblieben; nur der erste Band, der die Nahrungs-, Getränke- und Genußmittelhandwerke behandelt, ist erschienen.

Der Stoff ist in sieben Kapitel gegliedert, denen sich eine Zusammenfassung anschließt. In den ersten fünf Kapiteln beschäftigt sich Wernet mit den Handwerken der Bäcker, Fleischer, Brauer, Konditoren und Getreidemüller, wobei die ersten drei genannten sehr ausführlich behandelt werden. Alle Kapitel sind fast gleichartig untergliedert: Zunächst erhält der Leser Auskunft über Namen und Bezeichnungen des Handwerkes, dann geht der Autor jeweils auf Dezentralisierung, Differenzierung und Spezialisierung ein, zahlenmäßige Angaben über Betriebe und Beschäftigte, insbesondere die Meister, sowie über Materialien bzw. Rohstoffe und Investitionen folgen. In den letzten beiden Unterabschnitten werden Absatz- und Wettbewerbsverhältnisse dargestellt. Im 6. Kapitel über „Die abgegangenen Handwerke und die freien Künste“ werden zahlreiche Berufe mehr oder weniger knapp behandelt. Als Handwerke oder als freie Künste oder auch als Gewerbe, die mit einer besonderen Gerechtigkeit bedacht waren, haben diese einen Platz im Wirtschaftsleben eingenommen, den nach Ansicht Wernets (S. 281) kaum eine neuere Darstellung berücksichtigt. Die Bereiche der Nahrungsmittel, der Getränke und der Genußmittel werden nacheinander behandelt, ausführlicher nur der Tabakspinner (25 Seiten), und zwar untergliedert wie die ersten fünf Kapitel. Im 7. Kapitel behandelt der Autor die Stellung der Handwerke und der freien Künste im Rahmen der Versorgung der Bevölkerung mit Speise, Trank und Genußmitteln; die Entwicklung des verbrauchernahen Marktes, die Einrichtungen des verbraucherfernen Marktes und ihre Teilnehmer werden im zweiten Teil abgehandelt. Als Zusammenfassung der Darstellung bringt der Verfasser zum Schluß Ausführungen über die Position der Lebensmittelhandwerke in historischer Sicht. Am Ende des Buches befinden sich ein Sach- und ein Autorenverzeichnis. Literaturangaben sind am Ende eines jeden Kapitels angefügt; bei bereits früher angegebenen Schriften wird nur der Verfassername genannt. Geiß werden sehr viele Schriften angeführt, darunter auch Dissertationen, und doch vermißt man gelegentlich die Angabe des einen oder anderen Buches. Ungewöhnlich ist die angewandte Zitierweise. Wernet bringt weder Fußnoten noch Anmerkungen, sondern Quellenangabe bzw. -angaben jeweils am Ende des betreffenden Satzes.

Der Autor hat sich sowohl in räumlicher als auch in zeitlicher Hinsicht eine große Aufgabe gestellt. Er erfaßt nicht nur das Gebiet des Deutschen Reiches in seinen Grenzen von 1871, sondern mehrfach auch andere deutschsprachige Länder. Chronologisch geht er wiederholt bis auf die Römerzeit und gelegentlich sogar noch weiter zurück und bringt andererseits Material, auch Zahlenmaterial, aus der neuesten Zeit. Er bietet dem Leser eine Fülle von Details. Die Verhältnisse des Handwerks und der anderen behandelten Gewerbe waren in den verschiedenen Gebieten freilich unterschiedlich. Dem Leser wird

nicht immer eindeutig klar, welche Verhältnisse im Handwerk räumlich oder zeitlich jeweils als repräsentativ betrachtet werden können. Absatzverhältnisse und Wettbewerb, auf denen dem Thema nach doch der Schwerpunkt liegen sollte, kommen mitunter zu kurz. Ungeachtet so vieler anderer behandelter Probleme hätte der Verfasser auch auf die jeweilige Stellung und Mitarbeit der Frau im Handwerk umfassend eingehen sollen.

Der Leser findet neben manchem Interessanten — genannt sei z. B. die Entwicklung des Brauwesens, S. 231 ff. — auch manche bekannte Tatsachen, die erheblich kürzer hätten ausgeführt werden können. Wenn das Thema vielleicht auch nicht in den entscheidenden Fragen erschöpfend behandelt ist, so erhält man doch einen guten historischen Überblick über einige der dargestellten Handwerke. Gewiß ist nicht alles neu, was der Autor bringt, und das gilt auch für manche seiner Feststellungen und Ergebnisse.

S. 270 sollte es Fertigfabrikat- und nicht Fabriksteuer heißen, denn die genannte „Werkverrichtungssteuer“ wird doch auch in der Fabrik erhoben! Nicht zweckmäßig ist die Verwendung der 24-Stundenbezeichnung für die Zeit vor ihrer offiziellen Einführung (vgl. SS. 69, 87). Der Autor bedient sich zuweilen unüblicher Vokabeln, z. B. S. 141 „zustreichkommen“, S. 195 „Interessentie“; Ausdrücke wie „Unkosten“ und „billige Preise“ sollten vermieden werden. Mehrere Tabellen sind zu beanstanden: die Tabellen SS. 180, 191 und 330 weisen Rechenfehler auf; Tabelle S. 50 ist ohne Bezugsjahr; in der Tabelle S. 129 sind zwei Spalten vertauscht, und die Tabelle auf S. 189 ist unverständlich. S. 99 gewinnt der Leser den Eindruck, als ob die gelben Gewerkschaften mit den Hirsch-Dunkerschen und den Christlichen identisch waren, was doch nicht stimmt. Auf die Anführung weiterer Mißverständnisse und Unklarheiten in der Darstellung soll hier verzichtet werden.

Bedauerlicherweise weist die Arbeit auch sehr viele Druckfehler auf. Am Schluß des Buches findet sich ein Blatt, das Berichtigungen von S. 17 bis 230 enthält, ohne jedoch alle zu erfassen. Die leider mehrfach festzustellende Flüchtigkeit bei der Korrektur zeigt sich auch bei Hinweisen auf Paragraphen, in denen mal nur §, dann aber §§ angegeben wird.

Diese Schrift hat insbesondere als Materialsammlung ihren Wert. Der Autor bringt manche für den Leser neue Details über das Wirken des Handwerks sowie die Absatz- und Wettbewerbsverhältnisse. Die zunehmende Eingliederung des Handwerks in die marktwirtschaftlichen Zusammenhänge hat der Autor in seiner historischen Darstellung leider nur bis zu einem gewissen Grade in den Griff bekommen.

Bruno Schultz, Berlin

**William Pascoe Watkins:** Die internationale Genossenschaftsbewegung. Ihr Wachstum, ihre Struktur und ihre zukünftigen Möglichkeiten. Frankfurt/M. 1969. Deutsche Genossenschaftskasse. 214 S.

Dieses bemerkenswerte Buch enthält eine Fülle detaillierter Informationen über ein Gebiet, das in der Arbeit der genossenschaftlichen und anderen Lehr- und Forschungsstätten an den Hochschulen bisher weitgehend vernachlässigt wurde. Nach ihm dürfte aber nicht allein der an Genossenschafts- bzw. Kooperationsfragen Interessierte, sondern auch der Sozial- und Gesellschaftspolitiker in West, Ost und den Ländern der dritten Welt greifen, sei er Praktiker, Berater der Praxis oder aber mehr oder weniger reiner Wissenschaftler.

Sein Verfasser schöpft als ehemaliger Direktor der „International Co-operative Alliance“, Sitz London, für seine Darlegungen offensichtlich aus reichhaltigem Material und Erfahrungen. Er versteht es aber auch — und zwar in allen Teilen des Buches —, diese Unterlagen und persönlichen Erlebnisse souverän unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten zu verarbeiten und zu überzeugenden Resultaten zu gelangen. Nur an wenigen Stellen zeigt sich Watkins primär als der zwar immer pragmatisch behutsam und schrittweise vorgehende, gleichwohl von bestimmten humanitären Sinnansätzen her missionierende Genossenschaftserzieher von Format, als der er ebenfalls bekannt ist.

Die Untersuchung ist in drei Teile mit insgesamt elf Kapiteln gegliedert. Der erste Teil des Buches umfaßt Betrachtungen „Zur Geschichte“ der internationalen Genossenschaftsbewegung (mit Ausführungen über die Grundlagen der Bewegung, frühe nationale und internationale Zusammenschlüsse, sodann die bis zur Gegenwart hingreichenden Expansions- und Integrationstendenzen). Im zweiten Teil werden die einzelnen „Institutionen“ der internationalen Genossenschaftsbewegung abgehandelt und wird außerdem ihr Verhältnis zu den unterschiedlichen Ausprägungen staatlicher Herrschaftssysteme unserer Zeit beleuchtet (neben dem Internationalen Genossenschaftsbund und anderen nichtstaatlichen Organisationen, wie der „International Federation of Agriculture of Producers“, der „Plunkett Foundation of Agriculture of Producers“, der „Plunkett Foundation for Co-operative Studies“ und der „Internationale(n) Forschungs- und Informationsstelle für Gemeinwirtschaft“, werden auch staatliche, d. h. — genauer gesagt — überstaatliche internationale Organisationen mit genossenschaftsfördernden Aufgaben, wie die „International Labor Organization“, die „Food and Agriculture Organization“ und andere Organisationen der Vereinten Nationen, gewürdigt). Der dritte Teil enthält vorwiegend Projektionen über die absehbare „Zukunft“ der internationalen Genossenschaftsbewegung. Sie sind an der Gesellschaft des Überflusses orientiert, wie sie durch Galbraith u. a. gekennzeichnet wurde, und münden in Betrachtungen über die ökonomischen und metaökonomischen Chancen künftiger Genossenschaften und Kooperationen. Vom Autor werden sie unter die etwas pathetisch wirkende und möglicher-

weise zu optimistische Überschrift gestellt: „Der Weltgenossenschaftsbewegung entgegen“.

Für Watkins ist die heutige Genossenschaftsbewegung noch immer eine zugleich erzieherische und wirtschaftende Bewegung, die auch der ethischen Verarmung der Menschen in einer Überflußgesellschaft entgegenwirken kann. Für ihn führt „der Versuch, das Überleben der Genossenschaft lediglich als Form eines geschäftlichen Unternehmens sicherzustellen, ... in eine Sackgasse — es ist die gleiche Sackgasse, in der sich die Gesellschaft des Überflusses selbst befindet — mit der sklavischen Unterwerfung der Menschen unter Gewohnheiten und Ansichten, die aus früheren Zeiten des Mangels stammen“ (S. 183). Es kann bezweifelt werden, daß diese Auffassung heute von den führenden Genossenschaftern der entwickelten westlichen Länder allgemein geteilt wird — was je nach der eingenommenen Bekenntnisposition bedauert oder begrüßt werden kann.

Werner Wilhelm Engelhardt, Köln

**Karl-Heinz Schmidt:** Das Handwerk 1975 — Prognose seiner voraussichtlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. 2. erw. Aufl. Göttingen 1970. Otto Schwartz & Co. 162 S.

Die binnen Jahresfrist erforderlich gewordene Neuauflage dieser Broschüre mag als Beweis dafür gelten, wie sehr sich Handwerk und Mittelstand um ihre zukünftige Entwicklung sorgen, wie wenig „traditionsorientiert“ das moderne Handwerk ist. Der Verfasser versucht, gestützt auf vorliegende Wachstumsprojektionen von Bevölkerung und Bruttosozialprodukt, eine Prognose der handwerklichen Entwicklung bis 1975 zu geben. Beschäftigte und Umsatz des Handwerks werden danach bis zum Ende des Prognosezeitraums weiter zunehmen — vorausgesetzt, die Hypothesen des Verfassers und bereits vorliegende, andere von ihm zu Rate gezogene Prognosen erweisen sich als zutreffend. Im allgemeinen läßt sich gegen die vorsichtigen Hypothesen des Verfassers nichts einwenden, sicher trifft auch zu, daß die Veränderungen von Einkommen und Investitionen stärker als etwa das Bevölkerungswachstum die Entwicklung des Handwerks beeinflussen werden. Nicht unterschätzt werden sollte gerade die Steigerung der persönlich verfügbaren Einkommen, die in hohem Maß einem oft nur handwerklich zu befriedigenden Individualbedarf zugute kommen dürfte. Manche Feststellungen des Verfassers bedürfen allerdings keiner komplizierten Prognoserechnung, wie z. B. die Aussage, wonach die Kapitalintensität im Handwerk wachsen und die Beschäftigtenstruktur dadurch verändert wird. In einem gegenüber der ersten Auflage hinzugefügten Kapitel über Methoden und Grenzen der Prognosen und Zielprojektionen für das Handwerk erlaubt der Verfasser jetzt einen Einblick in das von ihm verwendete theoretische Instrumentarium, erleichtert das Verständnis des Zustandekommens seiner Aussagen und Schätzungen, womit die Darstellung nicht unerheblich an Wert gewinnt. So vorbereitet, werden schließlich noch Entwicklungstendenzen bis 1980 umrissen.

Trotz allem bleibt offen, ob sich quantifizierbare Zukunftswerte errechnen lassen, vor allem, wenn bedacht wird, ob der Begriff Handwerk 1975 oder 1980 noch in der gegenwärtigen Zusammensetzung haltbar ist und nicht manche Betriebe „industrielle“ Ausmaße angenommen haben, wenn die Nachwuchsschwierigkeiten in anderen Bereichen berücksichtigt werden usw. Handwerkspolitische Zielprojektionen scheinen hier besonders schwierig. Immerhin zeigt die Untersuchung doch, um wieviel sorgfältiger und genauer man heute, bei weiser Beschränkung auf das Mögliche, Prognosen aufstellen kann gegenüber den Voraussagen handwerklicher Entwicklung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Anwendung statistisch-mathematischer Methoden, gestützt auf ausreichende Informationen, führt zu quantitativen Vorstellungen, die jedenfalls mehr Anspruch auf Gültigkeit haben als jede von Emotionen getragene Mutmaßung einer zukünftigen Entwicklung.

Harald Winkel, Aachen

**Fritz Karl:** 150 Jahre Staatsschuldenverwaltung 17. 1. 1820 - 17. 1. 1970. Ein Gang durch anderthalb Jahrhunderte deutscher Finanzgeschichte. Berlin 1970. Duncker & Humblot. 132 S.

Wie es im Nachwort heißt, wurde diese Schrift zunächst als offizieller Beitrag der Bundes schuldenverwaltung zur Feier des Tages vorbereitet, an dem vor 150 Jahren die Hauptverwaltung der Preußischen Staatsschulden gegründet wurde. Da jedoch die Behörde dann von der Herausgabe einer eigenen Jubiläumsschrift absah, hat der Autor — Leitender Regierungsdirektor und Mitglied des Kollegiums der Bundes schuldenverwaltung — seine Arbeit als gesonderte Monographie fertiggestellt und publiziert. Die deutsche Finanzwissenschaft ist ihm zu Dank verpflichtet, daß er es unternahm, die wechselvolle Geschichte der Staatsschuldenverwaltung von ihren Anfängen bis in die Gegenwart lückenlos nachzuzeichnen.

Das Buch ist in seinem Hauptteil in vier Abschnitte gegliedert. Der erste umschließt die Zeit der Taler- und Guldenwährung und reicht von der katastrophalen Finanzlage des preußischen Staates nach den Befreiungskriegen und dem berühmten Dekret Friedrich Wilhelms III. „wegen der künftigen Behandlung des gesamten Staatsschuldenwesens“ vom 17. Januar 1820 bis zur Reichsverfassung vom 16. April 1871. Der zweite Abschnitt schildert die Entwicklung bis zum Ende des I. Weltkrieges, der dritte gilt der Zeit der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, und im vierten werden die Ereignisse seit 1945 dargestellt, wobei deutlich wird, wie sehr sich der bisherige Aufgabenbereich der Schuldenverwaltung (der mit der Liquidierung der wirtschaftlichen Folgen des II. Weltkrieges ohnehin an Umfang und Schwierigkeitsgrad beträchtlich zunahm) namentlich im Hinblick auf die deutsche Mitgliedschaft in vielen internationalen und supranationalen Organisationen ausgeweitet hat. Auch verschweigt der Verfasser nicht seine Sorge über die Wahrung des Rechtsstatus der

Bundesschuldenverwaltung gegenüber Bestrebungen, „ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit zu Lasten größerer Befugnisse des Ministeriums zu verkürzen. Diese Neigungen werden von dem Gedanken getragen, daß der steigende Umfang der öffentlichen Verschuldung und der zunehmende Einsatz der öffentlichen Schuldenpolitik, der nicht nur der Verwirklichung finanzwirtschaftlicher, sondern auch konjunktur- und wachstumspolitischer Ziele dient, eine flexiblere Handhabung des gesamten Kredit- und Finanzierungsinstrumentariums zweckmäßig erscheinen lassen. Die Schuldenverwaltung soll wie in den angelsächsischen Ländern in Form des sogenannten debt management mehr in den Händen des Finanzministers liegen. Ob damit die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Bundesschuldenverwaltung entbehrlich werden würde, kann wohl ohne jegliche Erfahrungen heute noch kaum bejaht werden ... Wenn wir auch nicht mehr ‚den Übermut der Ämter‘ zu befürchten haben, so erscheint doch eine Präventivkontrolle bei der Aufnahme von Krediten, Garantien und anderen Gewährleistungen durch eine vom Finanzminister unabhängige und nur dem Gesetz unterworfen Behörde nach wie vor notwendig, ebenso notwendig wie eine nachträgliche Kontrolle, wie der Bundesrechnungshof sie ausübt“ (S. 116 f.).

Kennzeichnend für dieses Buch ist, daß es die Entwicklung der staatlichen Schuldenverwaltung in Deutschland im wesentlichen an Hand der vielfältigen einschlägigen Gesetzgebung und der subtilen Verwaltungsorganisation demonstriert, und in dieser Hinsicht hat sein Verfasser ein hohes Maß rechtshistorischen Sachverstands und rechtsvergleichenden Spürsinns unter Beweis gestellt. Die finanz- und wirtschaftsgeschichtlichen Perspektiven kommen zwar auch zur Sprache, treten jedoch zumeist in den Hintergrund.

Im Text ist nur wenig zu berichtigen: S. 75 „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich“, S. 101 bzw. 113 die Namen „Nöll von der Nahmer“ und „Wawrczeck“, und S. 25 wäre zu ergänzen gewesen, daß Leopold Krugs „Geschichte der preußischen Staatsschulden“, der 1824 die Druckerlaubnis versagt blieb, dann endlich 1861 in Breslau von Carl Julius Bergius herausgegeben werden konnte. Leider finden sich nirgends irgendwelche Quellenhinweise in Fußnoten (auch dort nicht, wo wörtlich zitiert wird); die wohl einer vertiefenden Lektüre zugeadachte Literaturliste S. 120 ff. behebt diesen Mangel nicht, und überdies hätten hier noch die sachverwandten Veröffentlichungen etwa von B. Ascher, K. H. Eberhard, F. Erbes, M. Freudenberger, H. Lessing, E. Mosimann, G. von Schanz und A. Simon Erwähnung verdient.

Antonio Montaner, Mainz

**Frederic L. Pryor:** Public Expenditures in Communist and Capitalist Nations. London 1968. Georg Allen & Unwin Ltd. 543 S.

Pryor verfolgt mit seiner Schrift drei grundlegende Ziele: 1. Er möchte Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft vergleichen; 2. er strebt eine Ausweitung der positiven Theorie der öffentlichen

Ausgaben an; 3. er möchte erneut die Bedeutung der vergleichenden Beschreibung ökonomischer Systeme hervorheben.

Eine positive Theorie der öffentlichen Ausgaben beschäftigt sich dabei nach Pryor vornehmlich mit folgenden Fragen: 1. Welche Güter und Dienstleistungen werden mit öffentlichen Mitteln finanziert? 2. Welches sind die Bestimmungsgrößen der öffentlichen Ausgaben? 3. Welche Bedeutung haben Faktoren wie Substitutionsrelationen, Zentralisation, Stabilität und Überwälzung für die Verhaltenseigenschaften öffentlicher Ausgaben? 4. Welchen Unterschied macht es, ob ein Gut oder eine Dienstleistung mit öffentlichen oder privaten Mitteln finanziert wird?

Um sein Vergleichsvorhaben in bezug auf die Wirtschaftssysteme durchzuführen, trifft Pryor eine Auswahl aus Ländern der Industrieregionen, wobei er zwei Gruppen bildet: eine kommunistische und eine marktwirtschaftliche, jeweils bestehend aus sieben Nationen (Jugoslawien zählt Pryor dabei zur marktwirtschaftlichen Gruppe).

In den Kapiteln I und II befaßt sich Pryor hauptsächlich mit grundlegenden Fragen. Nach einer Erläuterung der grundsätzlichen Probleme und der Voraussetzungen bei der Untersuchung öffentlicher Ausgaben zeigt Pryor für die Analyse der Determinanten öffentlicher Ausgaben drei Methoden auf: 1. die Modellbildung, aus der Schlüsse auf kausale Zusammenhänge gezogen werden können, 2. die Untersuchung einzelner Bestimmungsfaktoren und 3. die intuitive Methode, deren Ergebnisse er allerdings unter Vorbehalten zur Interpretation seiner Untersuchungen zu verwenden beabsichtigt.

Unter Verwendung der statistischen Zahlen der ausgewählten Nationen untersucht Pryor, in welchem Ausmaß das Wirtschaftssystem auf der einen Seite und der Entwicklungsstand einer Nation auf der anderen Seite die öffentlichen Ausgaben des einzelnen Staates jeweils bestimmt. Darüber hinaus untersucht er noch andere Bestimmungsfaktoren.

Aus den genannten Ausgabearten des Budgets wählt Pryor für seine Untersuchungen acht Ausgabearten aus: Ausgaben für Verteidigung, soziale Wohlfahrt, Gesundheitswesen, Erziehung, Verwaltung, interne Sicherheit, äußere nicht-militärische Sicherheit, Forschung und Entwicklung. Dabei widmet er den ersten vier Ausgabearten einen breiten Raum über drei Kapitel, während er die letzten vier in einem Kapitel zusammen behandelt. Für jede Ausgabeart nimmt Pryor eine theoretische Analyse der möglichen Bestimmungsfaktoren und Einflüsse vor. Die Ausgabearten setzt Pryor dabei in Verbindung zum Bruttosozialprodukt und zum Pro-Kopf-Einkommen.

Kapitel III - IV sind der Untersuchung der gewählten Ausgabearten gewidmet. Ein kurzer Abschnitt schließlich behandelt sonstige Ausgabearten.

Im letzten Kapitel gibt Pryor einen Überblick über die gewonnenen Ergebnisse, wobei die Hauptdeterminanten in ihrem Einfluß auf die

Ausgabearten dargestellt werden. Dabei gelangt Pryor zu interessanten Erkenntnissen. So spielt in der empirischen Analyse das Wirtschaftssystem eine wichtige Rolle für die Größe des Anteils am Sozialprodukt der Ausgaben für Erziehung, Forschung und Entwicklung, ferner der Ausgaben für die nicht-militärische äußere Sicherheit und möglicherweise auch auf die interne Sicherheit. Keine Rolle spielt hingegen das Wirtschaftssystem bei den Ausgaben für Verteidigung, Wohlfahrt und Gesundheitswesen. Der Lebensstandard wirkt sich aus bei den Ausgaben für die interne Sicherheit, auswärtige Hilfeleistungen, Forschung, Entwicklung. Abgesehen von diesen beiden Faktoren spielen eine wichtige Rolle die absolute Größe des Sozialprodukts bei den Ausgaben für militärische Zwecke, der Zeitpunkt der Einführung einer Sozialversicherung bei den Ausgaben für Gesundheit und Wohlfahrt sowie die Altersstruktur der Bevölkerung bei den Ausgaben auf den Erziehungssektor usw.

Bei dieser Arbeit handelt es sich um eine sorgfältige Untersuchung, die schon durch ihre Problemstellung beachtenswert erscheint. Der Text ist übersichtlich dargestellt, über jeden zu behandelnden Komplex wird ein Überblick gegeben, und die Ergebnisse der einzelnen Teile werden jeweils zusammengefaßt. Ein reichhaltiges Zahlenmaterial untermauert die gewonnenen Aussagen. Im ganzen handelt es sich um eine Arbeit, die für die Lehre von den öffentlichen Ausgaben eine grundlegende Bedeutung gewinnt.

Harry Runge, Stuttgart

*Uwe Harms: Die Forderungen eines konstanten Staatsanteils am Brutto-sozialprodukt. Hamburg 1970. Verlag Weltarchiv GmbH. 347 S.*

Das optimale Verhältnis der wirtschaftlichen Aktivität des Staates zur gesamtwirtschaftlichen Aktivität ist schon immer umstritten gewesen: Vertreter des klassisch-liberalen Lagers sind bestrebt, die wirtschaftliche Bedeutung des Staates möglichst gering zu halten, wohingegen Sozialisten wie auch Verfechter des Wohlfahrtsstaates glauben, ihre Ideen nur mit einem steigenden Staatsanteil an der Gesamtwirtschaft realisieren zu können. Es liegt auf der Hand, daß sich auch bald Vertreter des „goldenen Mittelweges“ gefunden haben, die die Konstanz des Staatsanteils für wünschenswert erachten. Um diese Forderung aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht zu beurteilen, untersucht Harms, welche Auswirkungen ein konstantes Verhältnis der gesamten Ausgaben aller Gebietskörperschaften zum nominellen Bruttonsozialprodukt auf Konjunktur und Wachstum haben würde.

In einem ersten theoretischen Teil versucht der Verfasser zunächst, die Konjunktur- und Wachstumseffekte der wichtigsten Staatseinnahmen und -ausgaben unter der ceteris-paribus-Annahme zu analysieren; hierbei liegt der Schwerpunkt auf den Staatsausgaben; die Effekte der Staatseinnahmen werden nur am Rande erwähnt. Ferner wird bei der Analyse der Konjunktureffekte die Angebotseite, bei der Analyse

der Wachstumseffekte die Nachfrage vernachlässigt. Wer als Ergebnis der Untersuchung konkrete Zahlenwerte erwartet, wird enttäuscht: Harms beschränkt sich auf eine rein verbale Analyse; ein für ein quantitatives Ergebnis erforderliches ökonometrisches Modell gehe über den Rahmen der Arbeit hinaus. Bei der Analyse der Konjunktureffekte der Staatsausgaben werden außer den direkten primären Einkommens- und Beschäftigungseffekten (in Form von direkt fließenden Löhnen und Gehältern) auch indirekte primäre (in Form von Einkommensbezügen innerhalb der Zulieferindustrie) und sekundäre (durch die Wiederverausgabung der primär geschaffenen Einkommen) berücksichtigt. Nach diesen Kriterien kann die Konjunktur besonders gut durch die Veränderung der Ausgaben für Tiefbauinvestitionen bzw. Transfers (je nach der zugrunde liegenden Konjunktursituation) beeinflußt werden.

Die Wachstumseffekte sind noch schwerer zu erfassen: Man ist bis heute nicht in der Lage, mittels Kapitalkoeffizienten die Wachstumseffekte der einzelnen Staatsausgabenkategorien zu quantifizieren. Mag dies bei Infrastrukturinvestitionen u. U. noch möglich sein, so scheitern die zur Verfügung stehenden Verfahren jedoch mehr oder weniger bei der Beurteilung von Investitionen für Gesundheit, Erziehung u. ä. sowie bei Transfer- und Verbrauchsausgaben. Ferner können diese Methoden auch der von Harms aufgezeigten Komplementarität von staatlichen und privaten Ausgaben in bezug auf das Wirtschaftswachstum kaum Rechnung tragen.

In einem zweiten Schritt kombiniert Harms schließlich die einzelnen Effekte, um die Wirkung eines konstanten Staatsanteils auf Konjunktur und Wachstum zu untersuchen; diese Betrachtung wird sowohl bei konstanter als auch bei sich ändernder Haushaltsstruktur durchgeführt. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, daß von einem konstanten Staatsanteil eindeutig prozyklische Wirkungen ausgehen, die auch durch Variation der Einnahmen- und Ausgabenstruktur — im Rahmen der politischen und gesetzlichen Gegebenheiten — kaum im Sinne einer antizyklischen Finanzpolitik überkompensiert werden können. U. E. ist eine Aussage in solch genereller Form nicht möglich, da von einem konstanten Staatsanteil nicht grundsätzlich — wenn man als Bezugsgröße einen konjunkturneutralen Haushalt im Sinne des Sachverständigenrates zugrunde legt — prozyklische Wirkungen ausgehen müssen. Auch auf das Wachstum wirkt sich ein konstanter Staatsanteil nach Meinung des Verfassers nachteilig aus: Die erwähnte Komplementarität von privaten und öffentlichen Ausgaben sowie der Nachholbedarf bei Bildung, Verkehr und Umweltschutz erfordern ein überproportionales Ansteigen des Staatsanteils; ein Festhalten an einem konstanten Staatsanteil würde das gesamte wirtschaftliche Wachstum hemmen.

In einem zweiten, empirischen Teil der Arbeit analysiert Harms zunächst die Konjunkturperioden 1954/55, 1958/59 und 1962/63 und die Wachstumsentwicklung 1950 bis 1963, um dann mit Hilfe der „Simu-

lationsmethode“ zu untersuchen, wie sich Konjunktur und Wachstum entwickelt hätten, falls der Staatsanteil konstant geblieben wäre. Auch diese gesamtwirtschaftliche Simulation wird leider nur verbal durchgeführt. Immerhin kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß trotz eines progressiven Steuersystems bei Konstanz des Staatsanteils der Konjunkturverlauf nicht antizyklisch beeinflußt wird. Vielmehr müßte der Staatsanteil im Abschwung steigen und im Aufschwung sinken, da die Variation der Budgetstruktur allein nicht genügt, um die Versteigerung des Wirtschaftsablaufes zu erreichen. Auch ein stetiges Wachstum kann nach Meinung des Verfassers bei einem konstanten Staatsanteil — auch bei Variation der Ausgaben- und Einnahmenstruktur — nicht erreicht werden. Es sei vielmehr erforderlich, bestimmte Investitionen, die in besonderem Maße sowohl in einem komplementären als auch in einem stimulierenden Sinn Voraussetzung für das gesamtwirtschaftliche Wachstum sind, überproportional zu erhöhen.

Harms glaubt also, die Forderung eines konstanten Staatsanteils am Bruttonsozialprodukt sowohl aus konjunkturellen als auch aus wachstumspolitischen Überlegungen ablehnen zu müssen. Empfehlenswert sei dagegen ein langfristig steigender Anteil der Staatsausgaben, „der jedoch innerhalb gewisser Bandbreiten („Korridor“) kurzfristig schwanken kann und muß, wenn die Konjunktur es erfordert“.

Die Arbeit Harms' gibt einen systematischen und ausführlichen Überblick über die Problematik eines konstanten Staatsanteils. Die Schwächen der im Mittelpunkt stehenden Simulationsmethode unter der ceteris-paribus-Bedingung sind dem Verfasser bekannt; er glaubt, diese jedoch in Kauf nehmen zu können. Ferner sind u. E. die Ergebnisse der Arbeit nicht für jeden Staatsanteil in gleichem Maße gültig, da der Einfluß auf Konjunktur und Wachstum durch Umstrukturierung des Haushaltes bei einer hohen Staatsquote größer ist als bei einer niedrigen. Der Haupteinwand muß sich jedoch gegen das rein verbale Vorgehen richten: Ein auch nur einfaches ökonometrisches Modell als Grundlage der Untersuchung hätte das Niveau der Arbeit u. E. beträchtlich erhöhen können.

Klaus Scherer, Mainz